

Mandantenbrief

für den deutsch-italienischen Rechtsverkehr

Lettera ai clienti

per i rapporti giuridici italo-tedeschi

1.26

60325 Frankfurt am Main · Arndtstraße 34-36
Telefon 069 - 92 07 15-0 · Telefax 069 - 28 98 59
email: info@dolce.de · www.dolcelauda.com



Unsere neuer Mandantenbrief enthält – wie alle zuvor – die unverfallbare Garantie, dass kein Text mit künstlicher Intelligenz geschrieben wurde. Das gilt allerdings nur für die Vergangenheit: Es ist schwer vorstellbar, dass künftig die Mehrheit der verbreiteten Texte nicht durch KI generiert werden wird. Aber wird die KI zwischen deutschem und italienischem Rechtsverständnis unterscheiden? Wir haben sie selbst befragt und das war Ihre Antwort: Die spannende Frage ist nicht, ob die KI deutsches und italienisches Recht unterscheiden kann. Die spannendere Frage ist, ob sie deutsches und italienisches Rechtsverständnis unterscheiden kann. Sehr gut, also. Es bleibt spannend und wir sind nicht arbeitslos!

La nostra nuova lettera ai clienti contiene – come tutte le precedenti – la garanzia irrevocabile che nessun testo è stato scritto con l'intelligenza artificiale. Tuttavia, questo vale soltanto per il passato: è difficile immaginare che in futuro la maggioranza dei testi diffusi non venga generata dall'IA. Ma l'intelligenza artificiale distinguerà tra la concezione giuridica tedesca e quella italiana? L'abbiamo interrogata direttamente e questa è stata la sua risposta: la domanda interessante non è se l'IA sia in grado di distinguere tra il diritto tedesco e quello italiano, bensì se sia in grado di distinguere tra la concezione giuridica tedesca e quella italiana. Molto bene, dunque; non siamo ancora disoccupati!

Aus dem Inhalt - All'interno

Neues aus Deutschland: Freie Staatsanwälte	2
Ultime dalla Germania: Vitto in carcere	3
Neues aus Italien: Kein Grundrecht auf Wasser	4
Ultime dall'Italia: Hotel Mamma al completo	5
Informationen für Kollegen: Büropflicht für alle	6
Informazioni per colleghi: Cafone non si dice	7
Arbeitsrecht: Gesund, krank, teilkrank	8
Diritto del lavoro: Trasparenza retributiva	9
Immobilienseite: Geschenkt ist nicht geschenkt	10
Pagina Immobiliare: Occhio alla caparra!	11
Vertriebsrecht: Kein Ausgleichsanspruch für alten Agenten	12
Ultime dall'Europa: L'amministratore del casino risponde	13
Geistiges Eigentum: Markige Stimme	14
Diritto di famiglia: Genitori App	15
Neues aus aller Welt; Pizza-Doxing	16



Höhere Produktivität im Homeoffice
Maggiore efficienza in smart working

NEUES AUS DEUTSCHLAND

Ein Dauerbrenner der öffentlichen Diskussion in Italien ist die Frage der Trennung der Laufbahnen von Staatsanwälten und Richtern. Das jüngst auch zu diesem Thema abgehaltene Referendum wird diesen Streit sicherlich nicht endgültig beenden.

Aus deutscher Sicht ist der Konflikt nur teilweise nachvollziehbar. Zwar sind in Deutschland die Laufbahnen von Staatsanwälten und Richtern innerhalb der jeweiligen Landesjustiz – Deutschland ist eine Bundesrepublik, die Justiz ist Ländersache! – grundsätzlich durchlässig. Ein wesentlicher Unterschied besteht jedoch darin, dass Richter ausschließlich dem Gesetz unterworfen sind, während Staatsanwälte den Weisungen der jeweiligen Justizminister des Landes unterliegen.

Dies ist unter anderem der Grund, weshalb der Europäische Gerichtshof Ur. v. 27.05.2019, Az. C-508/18 entschieden hat, dass ein von einem deutschen Staatsanwalt ausgestellter Europäischer Haftbefehl nicht den unionsrechtlichen Anforderungen an eine unabhängige Justizbehörde genügt.

Freie Staatsanwälte in Schwerin

Soll auch der deutsche Staatsanwalt ganz frei ermitteln dürfen? In Deutschland wird die Diskussion deutlich weniger leidenschaftlich geführt als die italienische Debatte über die Trennung der Laufbahnen. Gleichwohl werden auf beiden Seiten gewichtige Argumente vorgebracht. Der Deutsche Anwaltverein vertritt die Auffassung, dass die Staatsanwaltschaft ohne das Weisungsrecht der Justizminister zu einem parlamentarisch nicht kontrollierten Teil der Exekutive würde. Dies würde eine demokratische Legitimationslücke schaffen.

Die Gegenauffassung sieht hingegen die Gefahr einer politischen Einflussnahme auf die Entscheidungen der Strafverfolgungsbehörden und fordert deshalb eine größere institutionelle Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft.

Aktuell hat die Diskussion neue Nahrung erhalten, weil die Justizministerin von Mecklenburg-Vorpommern (Hauptstadt: Schwerin) freiwillig auf die Ausübung ihres Weisungsrechts gegenüber den

Staatsanwaltschaften verzichtet hat. Sie gehört der Partei Die Linke an und steht damit außerhalb des politischen Mainstreams in Deutschland. Ihr freiwilliger Verzicht auf die Ausübung des Weisungsrechts dürfte daher eher ein Einzelfall bleiben.

Im Hinblick auf die internationale Rechtshilfe wäre es wünschenswert, wenn sich die Bundesländer auf eine einheitliche Regelung verständigen könnten; bleibt abzuwarten, ob ein Haftbefehl aus Schwerin jetzt in Italien vollstreckt werden kann!



freie Staatsanwälte

Verschwundene Fahrzeuge

Mancher Autofahrer erlebt in Deutschland eine unangenehme Überraschung: Er stellt sein Fahrzeug auf dem Parkplatz eines Supermarktes ab, erledigt anschließend noch andere Besorgungen und stellt bei seiner Rückkehr fest, dass das Fahrzeug verschwunden ist.

Ein Anruf bei der Polizei ergibt häufig, dass diese das Fahrzeug jedenfalls nicht abgeschleppt hat. Erst nach weiteren Nachforschungen stellt sich heraus, dass der Supermarkt selbst das Abschleppen veranlasst hat und nun die Erstattung der entstandenen Kosten verlangt.

Der Bundesgerichtshof hat diese Praxis in seinem Urteil vom 19.12.2025 (V ZR 44/25) bestätigt. Wer sein Fahrzeug auf einem privaten Kundenparkplatz abstellt und die vorgesehenen Nutzungsbedingungen missachtet, begeht eine verbotene Eigenmacht gegenüber dem Grundstückseigentümer. Dieser ist berechtigt, sein Besitzrecht unmittelbar zu schützen und das Fahrzeug auf Kosten des Halters abschleppen zu lassen. Nach Auffassung des Bundesgerichtshofs muss der Eigentümer dabei nicht abwarten, ob der Fahrer in Kürze zurückkehrt. Das Fahrzeug darf sofort entfernt werden.

Schadensersatz wegen Ungleichbehandlung

In Deutschland fallen die Beträge für immateriellen Schadensersatz traditionell eher moderat aus. Dafür wird Schadensersatz bei Verstößen gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) konsequent zugesprochen.

Ein aktueller Fall betraf die Vergabe eines Besichtigungstermins für eine Wohnung. Eine Interessentin mit pakistanisch klingendem Namen erhielt von dem beauftragten Makler keinen Termin. Da sie einen diskriminierenden Hintergrund vermutete, bewarb sie

sich erneut – diesmal unter einem fiktiven deutsch klingenden Namen. Daraufhin wurde ihr umgehend ein Besichtigungstermin angeboten.

Das Landgericht Darmstadt sprach der Bewerberin wegen der Benachteiligung einen immateriellen Schadensersatz in Höhe von 3.000 Euro zu. Der Bundesgerichtshof bestätigte diese Entscheidung mit Urteil vom 29.01.2026 (I ZR 129/25).

Einen Verstoß gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz hat das Oberlandesgericht Frankfurt am Main (25.07.2024, Az. 26 U _) hingegen in einem Fall verneint, in dem sich ein Geschäftsführer gegen eine in der Satzung vorgesehene Altersgrenze von 70 Jahren gewandt hatte; er vertrat die Auffassung, dass die Regelung eine unzulässige Altersdiskriminierung darstelle.

Das Gericht war anderer Meinung; Bei einer solchen Altersgrenze ginge es nicht um eine gegen eine bestimmte Person gerichtete Benachteiligung, sondern um eine generelle und für alle Betroffenen gleichermaßen geltende Regelung. Die Gesellschaft treffe damit eine abstrakte Entscheidung über die Altersstruktur ihrer Leitungsorgane und nicht über die Eignung einer konkreten Person.

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz bietet in der Praxis aber auch Anlass für Missbrauch. So kommt es vor, dass sich etwa ältere Bewerber kurz vor dem Renteneintritt auf Stellenausschreibungen für Berufsanfänger bewerben und im Anschluss Entschädigungsansprüche wegen angeblicher Altersdiskriminierung geltend machen, wenn sie nicht eingestellt werden.

In einem vom Landesarbeitsgericht Mainz (6 SLa

33/25) entschiedenen Fall hatte sich ein älterer Rechtsanwalt auf eine Stellenanzeige beworben, in der ausdrücklich ein Bewerber mit erster Berufserfahrung gesucht worden war. Nach seiner Ablehnung machte er Ansprüche wegen Altersdiskriminierung geltend.

Das Gericht erkannte ihm in der Berufungsinstanz eine Entschädigung in Höhe von 10.000 Euro zu. Die Vorinstanz hatte die Klage noch abgewiesen, da sie davon ausgegangen war, dass der Kläger von Anfang an nicht ernsthaft an einer Arbeitsaufnahme interessiert gewesen sei und es ihm ausschließlich um die Geltendmachung von Entschädigungsansprüchen gegangen sei.

Lebensmittellager in Haft

Der Unterschied zwischen dem deutschen und dem italienischen Strafvollzug ist nicht ganz unerheblich. In der Justizvollzugsanstalt in Hamburg durfte ein Häftling in seiner Zelle 45 Kartons mit insgesamt 900 kg Lebensmittel aufbewahren, dabei vor allem Nudeln, Oliven und Tomatenkonserven. Das lässt zum einen auf einen möglichen italienischen Ursprung des Häftlings schließen, zum anderen auf eine sehr großzügig ausgestattete Zelle.

Der Häftling wurde in ein Gefängnis nach Bremen verlegt – also in ein anderes Bundesland – und bat darum, seinen Lebensmittelvorrat mitzunehmen. Die Hamburger Justizvollzugsanstalt war sogar bereit, ihm seinen Vorrat nach Bremen zu überführen.

Die Bremer Gefängnisverwaltung lehnte verständlicherweise den Transport ab, worauf der Häftling das Gericht anrief. Während die 1. Instanz ihm sogar recht gab, erlaubte ihm das Oberlandesgericht Bremen nur ein Vorrat von 2 Kartons von je 20 Kilo (OLG Bremen, Beschluss v. 26.3.2026, 1 Ws 140/25).

ULTIME DALLA GERMANIA

Veicoli scomparsi

In Germania, alcuni automobilisti si trovano di fronte a una spiacevole sorpresa: parcheggiano la propria auto nel parcheggio di un supermercato, sbrigano altre commissioni e, al loro ritorno, scoprono che l'auto è scomparsa. Spesso, chiamando la polizia, si scopre che non è stata lei a far rimuovere il veicolo. Solo dopo ulteriori indagini si viene a sapere che è stato il supermercato stesso a disporre la rimozione e che ora richiede il rimborso delle spese sostenute.

La Corte federale di cassazione ha confermato tale prassi nella sua sentenza del 19 dicembre 2025 (V ZR 44/25). Chi parcheggia il proprio veicolo in un parcheggio privato riservato ai clienti e non rispetta le condizioni d'uso previste, commette un abuso di diritto nei confronti del proprietario del terreno. Quest'ultimo ha il diritto di tutelare direttamente il proprio diritto di proprietà e di far rimuovere il veicolo a spese del proprietario.

Secondo la Corte federale di cassazione, il proprietario non è tenuto ad attendere che il conducente faccia ritorno a breve. Il veicolo può essere rimosso immediatamente.

Risarcimento danni per disparità di trattamento

In Germania, gli importi del risarcimento per danni morali sono tradizionalmente piuttosto modesti. D'altra parte, il risarcimento viene sistematicamente concesso in caso di violazioni della Legge generale sulla parità di trattamento (AGG).

Un caso recente riguardava la fissazione di un appuntamento per la visita di un appartamento. Una potenziale acquirente con un nome di origine pakistana non ha ricevuto alcun appuntamento dall'agente immobiliare incaricato. Sospettando che si trat-

tasse di un caso di discriminazione, ha presentato nuovamente la propria candidatura, questa volta utilizzando un nome fittizio di origine tedesca. A quel punto le è stato immediatamente offerto un appuntamento per la visita.

Il Tribunale regionale di Darmstadt ha riconosciuto alla candidata un risarcimento per danni morali pari a 3.000 euro a causa della discriminazione subita. La Corte federale di cassazione ha confermato tale decisione con sentenza del 29 gennaio 2026 (I ZR 129/25).

La Corte d'appello di Francoforte sul Meno (25 luglio 2024, n. 26 U _) ha invece negato la violazione della Legge generale sulla parità di trattamento in un caso in cui un amministratore delegato si era opposto al limite di età di 70 anni previsto dallo statuto, sostenendo che tale disposizione costituisse una discriminazione in base all'età non consentita. La Corte non era dello stesso avviso; in presenza di un tale limite di età non si tratta di una discriminazione diretta contro una persona specifica, bensì di una norma generale che si applica in modo uguale a tutti gli interessati. La società prende così una decisione astratta sulla struttura per età dei propri organi direttivi e non sull'identità di una persona concreta.

Tuttavia, nella pratica, la Legge generale sulla parità di trattamento offre anche adito ad abusi. Accade infatti che candidati anziani, poco prima di andare in pensione, si candidino a offerte di lavoro destinate a neo-laureati e, se non vengono assunti, facciano valere poi richieste di risarcimento per presunta discriminazione basata sull'età.

In un caso deciso dal Tribunale regionale del lavoro di Magonza (6 SLa 33/25), un avvocato di una certa età aveva presentato la propria candidatura in risposta

a un annuncio di lavoro in cui si cercava espressamente un candidato con una prima esperienza professionale. A seguito del rifiuto della sua candidatura, egli ha presentato ricorso per discriminazione basata sull'età.

In appello, il tribunale gli ha riconosciuto un risarcimento pari a 10.000 euro. Il giudice di primo grado aveva respinto la domanda, ritenendo che il ricorrente non fosse stato sin dall'inizio seriamente interessato ad assumere un impiego e che il suo unico obiettivo fosse stato quello di far valere diritti al risarcimento.

Scorte alimentari in carcere

La differenza tra il sistema penitenziario tedesco e quello italiano non è affatto irrilevante. Nel penitenziario di Amburgo, un detenuto poteva tenere nella sua cella 45 scatole con un totale di 900 kg di generi alimentari, soprattutto pasta, olive e pomodori in scatola. Questo fa pensare, da un lato, a una possibile origine italiana del detenuto e, dall'altro, a una cella molto ben fornita.

Il detenuto è stato trasferito in un carcere di Brema – cioè in un altro Land – e ha chiesto di potersi portare con sé le sue scorte alimentari. Il penitenziario di Amburgo era persino disposto a fargli spedire le provviste a Brema.

L'amministrazione penitenziaria di Brema ha comprensibilmente rifiutato il trasporto, a seguito del quale il detenuto ha adito il tribunale.

Mentre il tribunale di primo grado gli aveva dato ragione, la Corte d'appello di Brema gli ha concesso solo una scorta di 2 cartoni da 20 chili ciascuno (Corte d'appello di Brema, ordinanza del 26 marzo 2026, 1 Ws 140/25).



Carriere separate

Un tema ricorrente nel dibattito pubblico italiano è la questione della separazione delle carriere dei pubblici ministeri e dei giudici. Il referendum tenuosi di recente proprio su questo argomento non metterà certamente fine a questa controversia.

Dal punto di vista tedesco, il conflitto è comprensibile solo in parte. È vero che in Germania le carriere dei pubblici ministeri e dei giudici all'interno dei rispettivi sistemi giudiziari regionali – la Germania è una repubblica federale e la giustizia è di competenza dei Länder! – sono in linea di principio interconnesse. Una differenza fondamentale consiste tuttavia nel fatto che i giudici sono soggetti

PM indipendenti solo a Schwerin

esclusivamente alla legge, mentre i pubblici ministeri sono soggetti alle direttive dei rispettivi ministri della Giustizia dei vari Stati membri.

Questo è, tra l'altro, il motivo per cui la Corte di giustizia dell'Unione europea, con sentenza del 27 maggio 2019 (causa C-508/18), ha stabilito che un mandato d'arresto europeo emesso da un pubblico ministero tedesco non soddisfa i requisiti previsti dal diritto dell'Unione in materia di indipendenza dell'autorità giudiziaria.

Anche il pubblico ministero tedesco dovrebbe dunque poter indagare in piena libertà? In Germania la discussione è molto meno accesa rispetto al dibattito italiano sulla separazione delle carriere. Ciononostante, da entrambe le parti vengono avanzate argomentazioni di peso. L'Ordine degli avvocati tedeschi sostiene che, senza il diritto di impartire direttive da parte dei ministri della Giustizia, la Procura diventerebbe una parte dell'Esecutivo non

soggetta al controllo parlamentare. Ciò creerebbe un vuoto di legittimità democratica.

L'opinione contraria, invece, vede il pericolo di un'influenza politica sulle decisioni delle autorità di polizia giudiziaria e chiede quindi una maggiore indipendenza istituzionale della procura.

Attualmente il dibattito ha ricevuto nuovo slancio perché il ministro della Giustizia del Meclemburgo-Pomerania (capitale: Schwerin) ha rinunciato volontariamente all'esercizio del proprio diritto di impartire istruzioni alle procure. Appartiene al partito Die Linke e si colloca quindi al di fuori del mainstream politico tedesco. La sua rinuncia volontaria all'esercizio del diritto di impartire istruzioni dovrebbe quindi rimanere un caso isolato.

Per quanto riguarda l'assistenza giudiziaria internazionale, sarebbe auspicabile che i Länder riuscissero a concordare una normativa uniforme; resta da vedere se un mandato d'arresto emesso a Schwerin possa ora essere eseguito in Italia!

NEUES AUS ITALIEN

„Hotel Mama“ booked out

Während in Deutschland junge Menschen gleichsweise früh den elterlichen Haushalt verlassen und in Wohngemeinschaften ihre Freiheit genießen, wissen italienische Spätjugendliche die Vorzüge einer Rundumversorgung eher zu schätzen.

Dass auch das Grenzen haben kann, zeigt eine Entscheidung des Landgerichts Ravenna. Dort gab eine verzweifelte Mutter an, sie sei nicht länger bereit, ihrem 31-jährigen Sohn Unterhalt zu gewähren und ihn weiterhin bei sich wohnen zu lassen.

Der Sohn verfügte bereits über ein eigenes Einkommen aus Erwerbstätigkeit, beteiligte sich jedoch weder finanziell noch durch Hausarbeit (die Mutter: er putzt nie!) am gemeinsamen Haushalt. Kurz vor der gerichtlichen Auseinandersetzung kündigte er zudem seine Arbeitsstelle, um der Mutter den Wind aus den Segeln zu nehmen und um weiterhin die Karte des Bedürftigen zu spielen.

Das Gericht gab der Mutter jedoch Recht und stellte fest, dass unter diesen Umständen weder

ein Anspruch auf Unterhalt noch ein Recht auf Fortsetzung des Verbleibs in der elterlichen Wohnung bestand. Der Corriere della Sera vermutet, dass die Mutter auch zum Wohl ihres Jungen handeln wollte: Endlich erwachsen werden! (Quelle: Corriere della Sera, Ausgabe Bologna vom 26.03.2026).

Kein Grundrecht auf Wasser

Im Gegensatz zu Frankreich oder Spanien besteht weder in Deutschland noch in Italien eine gesetzliche Verpflichtung, Gästen in Hotels oder Restaurants kostenloses Leitungswasser anzubieten.

Eine Touristin, die einen Luxusurlaub in Südtirol gebucht hatte, weigerte sich, im Hotel zum Essen das teure Mineralwasser für 7 Euro pro Flasche zu bestellen und berief sich stattdessen auf ein „Recht auf Leitungswasser“. Der Kassationshof entschied hierzu mit Beschluss vom 29.04.2006 (Nr. 11827) nach drei Instanzen und gab dem Hotel recht. Da der Fall bereits zu Weihnachten 2019 spielte, kann davon ausgegangen werden, dass das Mineralwasser seitdem die 10-Euro-Marke überschritten haben dürfte.

GESELLSCHAFTSRECHT

Neue EU Inc?

Der europäische Gesetzgeber gibt das Vorhaben einer einheitlichen kleinen Kapitalgesellschaft in der Europäischen Union nicht auf. Das derzeit diskutierte Modell trägt den Arbeitstitel „EU Inc.“. Der geplante Rechtsrahmen soll sämtliche Phasen eines Unternehmens – von der Gründung bis zu seiner Auflösung – erfassen.

Die EU Inc. soll als Gesellschaft mit beschränkter Haftung ausgestaltet sein und innerhalb von 48 Stunden vollständig digital gegründet werden können. Ein gesetzlich vorgeschriebenes Mindeststammkapital soll nicht erforderlich sein. Sie soll neben die nationalen Gesellschaftsformen treten und in der gesamten Europäischen Union anerkannt werden. Die Gründungsgebühren sollen 100 Euro nicht überschreiten.

AUF REISEN

Die Hotelpreise sind frei!

Booking.com hat jahrelang mit sogenannten Best-Preis-Klauseln gearbeitet und den angeschlossenen Hotels untersagt, niedrigere Preise anzubieten als die über Booking.com veröffentlichten. Wie der Mandantenbrief schon berichtet hatte, hat der Europäische Gerichtshof (Urt.v.19.09.2024 - C-264/23) dieser Praxis einen Riegel vorgeschoben und die Klauseln für rechtswidrig erklärt.

In der Folge haben vor dem Landgericht Berlin (Urt. v. 16.12.2025, Az. 61 O 60/24) 1.009 Hotelbetriebe auf Schadensersatz sowie auf Rückzahlung der gezahlten Buchungsprovisionen geklagt. Dem Schadensersatzantrag wurde stattgegeben. Der Antrag auf Rückzahlung der Provisionen hatte hingegen keinen Erfolg, allerdings aus formalen Gründen, da insoweit nicht auf Feststellung, sondern gleich auf Zahlung hätte geklagt werden müssen. Booking.com kann noch Berufung einlegen.

Die Praxis, auf Booking.com ein Hotel und dessen Preis zu finden und anschließend direkt beim

Hotel anzurufen, um nach einem günstigeren Angebot zu fragen, ist somit durchaus legitim.

Teures staatliches Hotel – Badewannenmord

Der Mandantenbrief berichtete über den in Deutschland bekannten Kriminalfall des sogenannten „Badewannenmord“, in dem ein unschuldig wegen Mordes verurteilter Mann 13 Jahre lang zu Unrecht in Haft saß. Die bayerische Besonderheit bestand darin, dass dem Justizopfer für diese Zeit der Haft nach dem Freispruch Kosten für Kost und Logis in Höhe von rund 100.000 Euro in Rechnung gestellt wurden – ein teures staatliches Hotel!

Wie LTO in seiner Ausgabe vom 14.01.2026 berichtet, hat der Freistaat Bayern inzwischen auf diese Kostenforderung verzichtet und zugleich die Haftentschädigung für zu Unrecht erlittene Freiheitsentziehung von 75 auf 100 Euro pro Tag angehoben. Der Betroffene erhält damit insgesamt eine Haftentschädigung in Höhe von etwa 1,31 Millionen Euro.

VERBRAUCHER UND DATENSCHUTZ

Scraping-Klage in Italien zugelassen

Die Klage der Südtiroler Verbraucherzentrale gegen Meta im Zusammenhang mit dem sogenannten „Scraping“-Vorfall wurde vom Landgericht Mailand zugelassen. Hintergrund ist ein Vorfall aus den Jahren 2018 bis 2019, bei dem Facebook Opfer eines groß angelegten Hackerangriffes (Scraping) wurde. In dessen Folge wurden rund 600 Millionen Nutzerdaten im Darknet zum Verkauf angeboten. In Italien waren davon etwa 35 Millionen Verbraucher betroffen.

Sowohl die deutsche Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) aus Berlin als auch die Südtiroler Verbraucherzentrale aus Bozen haben daraufhin in ihren jeweiligen Ländern rechtliche Schritte gegen den Facebook-Konzern Meta eingeleitet, der offensichtlich nicht in der Lage war, seine Kunden angemessen zu schützen.

Während in Deutschland vor dem Oberlandesgericht Hamburg noch über die Zulässigkeit einer entsprechenden Musterfeststellungsklage verhandelt wird, hat das Landgericht Mailand mit Entscheidung 11.12.2025 (R.G. n. 6538/2025) die Klage der italienischen Verbraucherzentrale bereits zugelassen.

Meta hatte sich unter anderem damit verteidigt, dass kein Gerichtsstand in Italien bestehe und die Verbraucherzentrale ihre Ansprüche gegebenenfalls in Irland (Dublin) geltend machen müsse. Zudem wurde in Abrede gestellt, dass Verbraucherorganisationen selbst Ansprüche aus der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) geltend machen können.

Die mündliche Verhandlung zur Begründetheit ist für Oktober angesetzt. Der Fall gilt bereits jetzt als die größte in Europa anhängigen Sammelklage mit einer außergewöhnlich hohen Zahl betroffener Verbraucher.

Die Entscheidung ist nicht rechtskräftig, Meta hat Beschwerde eingelegt.

Smartphones, Haftung und Jugend

Das Vorgehen der australischen Regierung unter dem italienischstämmigen Premierminister Anthony Albanese – vom Mandantenbrief bereits gefeiert –, Kinder von Smartphones fernzuhalten, hat eine breite Diskussion angestoßen.

Vor diesem Hintergrund fügt sich eine Entscheidung aus den USA ein: Ein Gericht in Los Angeles hat einer 20-jährigen Klägerin eine Entschädigung in Höhe von rund sechs Millionen Euro zugesprochen, die überwiegend von Meta zu tragen ist. Die Klägerin hatte geltend gemacht, durch die Nutzung sozialer Medien und Smartphones in eine Abhängigkeit geraten zu sein, die zu Depressionen und Angststörungen geführt habe. Die Plattformbetreiber hätten nicht ausreichend über das Suchtpotenzial informiert.

Die Entscheidung ist nicht rechtskräftig – ebenso wenig wie eine ähnliche Entscheidung aus New Mexico –, aber sie zeugt erfreulicherweise von einem positiven Trend: Die Gefahren für alle digital aufwachsenden Generationen zu erkennen und entgegen zu wirken.

ULTIME DALL'ITALIA

"Hotel Mamma" al completo

Mentre in Germania i giovani lasciano la casa dei genitori relativamente presto e si godono la libertà in appartamenti condivisi, i giovani italiani più grandi tendono ad apprezzare maggiormente i vantaggi di un'assistenza a 360 gradi.

Che anche questo possa avere dei limiti lo dimostra una sentenza del Tribunale di Ravenna. In quell'occasione una madre disperata ha dichiarato di non essere più disposta a mantenere il figlio trentunenne e a lasciarlo vivere ancora con lei.

Il figlio disponeva già di un proprio reddito da lavoro, ma non contribuiva alla gestione della casa né finanziariamente né con le faccende domestiche (la madre: lui non pulisce mai!). Poco prima della controversia giudiziaria ha inoltre lasciato il lavoro per togliere vento alle vele della madre e continuare a giocare la carta del bisognoso.

Il tribunale ha tuttavia dato ragione alla madre e ha stabilito che, in tali circostanze, non sussisteva né il

diritto al mantenimento né il diritto di continuare a risiedere nell'abitazione dei genitori. Il Corriere della Sera ipotizza che la madre volesse agire anche per il bene del figlio: diventare finalmente adulto! (Fonte: Corriere della Sera, edizione di Bologna del 26.03.2026).

L'acqua non è libera

A differenza della Francia o della Spagna, né in Germania né in Italia esiste l'obbligo legale di offrire gratuitamente l'acqua del rubinetto agli ospiti di hotel o ristoranti.

Una turista che aveva prenotato una vacanza di lusso in Alto Adige si è rifiutata di ordinare in hotel la costosa acqua minerale a 7 euro a bottiglia e ha invocato invece un "diritto all'acqua del rubinetto". La Corte di Cassazione si è pronunciata in merito con ordinanza del 29.04.2026 (n. 11827) dopo tre gradi di giudizio e ha dato ragione all'hotel. Poiché il caso risale già al Natale del 2019, si può presumere che da allora l'acqua minerale abbia superato la soglia dei 10 euro.

DIRITTO SOCIETARIO

Una nuova "EU Inc."?

Il legislatore europeo non rinuncia al progetto di una piccola società di capitali unificata nell'Unione Europea. Il modello attualmente in discussione porta il titolo provvisorio di "EU Inc.". Il quadro giuridico previsto dovrebbe coprire tutte le fasi di vita di un'impresa, dalla costituzione allo scioglimento.

L'EU Inc. dovrebbe essere configurata come una società a responsabilità limitata e poter essere costituita interamente in formato digitale entro 48 ore. Non dovrebbe essere richiesto un capitale sociale minimo previsto dalla legge. Dovrebbe affiancarsi alle forme societarie nazionali ed essere riconosciuta in tutta l'Unione Europea. Le spese di costituzione non dovrebbero superare i 100 euro.

IN VIAGGIO

Costoso hotel statale – Omicidio in vasca

La Lettera ai clienti ha riportato il caso criminale noto in Germania del cosiddetto "omicidio in vasca", in cui un uomo condannato ingiustamente per omicidio ha scontato 13 anni di carcere. La particolarità bavarese consisteva nel fatto che, dopo l'assoluzione, alla vittima della giustizia sono state addebitate spese di vitto e alloggio per circa 100.000 euro per il periodo di detenzione: un costoso hotel statale!

Come riporta LTO nel suo numero del 14/01/2026, lo Stato libero di Baviera ha nel frattempo rinunciato a questa richiesta di rimborso e, allo stesso tempo, ha aumentato il risarcimento per la privazione ingiusta della libertà da 75 a 100 euro al giorno. L'interessato riceverà così un risarcimento complessivo di circa 1,31 milioni di euro.

I prezzi degli hotel sono liberi

Booking.com ha operato per anni con le cosiddette clausole del miglior prezzo, vietando agli hotel

affiliati di offrire tariffe inferiori a quelle pubblicate su Booking.com. Come già riportato nella Lettera ai clienti, la Corte di giustizia europea (sentenza del 19.09.2024 - C-264/23) ha posto fine a questa pratica e ha dichiarato illegali tali clausole.

Di conseguenza, dinanzi al Tribunale di Berlino (sentenza del 16.12.2025, rif. 61 O 60/24) 1.009 strutture alberghiere hanno intentato causa per il risarcimento dei danni e per il rimborso delle provvigioni di prenotazione versate. La richiesta di risarcimento danni è stata accolta. La richiesta di rimborso delle provvigioni di prenotazione non ha invece avuto esito positivo, sebbene per motivi formali, poiché in tal caso si sarebbe dovuto intentare un'azione di pagamento anziché di accertamento. Booking.com può ancora presentare ricorso in appello.

La pratica di cercare un hotel e il relativo prezzo su Booking.com e poi chiamare direttamente l'hotel per chiedere un'offerta più conveniente è quindi del tutto legittima.

CONSUMATORI E PROTEZIONE DEI DATI

Accolta in Italia la causa sullo scraping

Il Tribunale di Milano ha ammesso il ricorso presentato dall'Associazione dei consumatori dell'Alto Adige contro Meta in relazione al cosiddetto caso di «scraping». Il contesto è costituito da un episodio avvenuto tra il 2018 e il 2019, in cui Facebook è stato vittima di un attacco hacker su larga scala (scraping). Di conseguenza, circa 600 milioni di dati degli utenti sono stati messi in vendita sul darknet. In Italia sono stati coinvolti circa 35 milioni di consumatori.

Sia l'Associazione federale dei consumatori tedeschi (vzbv) di Berlino che l'Associazione dei consumatori dell'Alto Adige di Bolzano hanno quindi avviato, nei rispettivi territori, un'azione legale contro il gruppo Facebook Meta, che evidentemente non è stato in grado di proteggere adeguatamente i propri clienti.

Mentre in Germania il Tribunale regionale superiore di Amburgo sta ancora discutendo l'ammissibilità di una corrispondente azione collettiva, il Tribunale di Milano, con ordinanza del 11.12.2025 (R.G. n. 6538/2025) ha già dichiarato ammissibile l'azione intentata dall'Associazione dei consumatori italiana.

Meta si era difesa, tra l'altro, sostenendo che in Italia non sussisteva un foro competente e che l'associazione dei consumatori avrebbe dovuto far valere le proprie pretese, se del caso, in Irlanda (Dublino). Inoltre, è stato contestato il fatto che le organizzazioni dei consumatori possano far valere autonomamente i diritti derivanti dal Regolamento generale sulla protezione dei dati (GDPR).

L'udienza nel merito è fissata per ottobre. Il caso è già considerato la più grande azione collettiva pendente in Europa, con un numero eccezionalmente elevato di consumatori coinvolti.

Smartphone, responsabilità civile e minori

L'iniziativa del governo australiano guidato dal primo ministro di origini italiane Anthony Albanese – già lodata dalla nostra newsletter – volta a tenere i bambini lontani dagli smartphone, ha suscitato un ampio dibattito.

In questo contesto si inserisce una sentenza statunitense: un tribunale di Los Angeles ha concesso a una ricorrente ventenne un risarcimento di circa sei milioni di euro, che dovrà essere sostenuto in gran parte da Meta. La ricorrente aveva sostenuto di essere caduta in una dipendenza dall'uso dei social media e degli smartphone, che le avrebbe causato depressione e disturbi d'ansia. Gli operatori della piattaforma non avrebbero fornito informazioni sufficienti sul potenziale di dipendenza.

La sentenza non è definitiva – così come una sentenza analoga emessa nel New Mexico –, ma testimonia fortunatamente una tendenza positiva: quella di riconoscere i pericoli che corrono tutte le generazioni che crescono nell'era digitale e di contrastarli.

INFORMATIONEN FÜR KOLLEGEN

Nicht zum EuGH? Nicht ohne Begründung!

Ein EU-Bürger, gleich ob Deutscher oder Italiener, darf sich nicht unmittelbar an den Europäischen Gerichtshof wenden. Dieser wird nur auf Anrufung nationaler Gerichte tätig, die dem Europäischen Gerichtshof offene Fragen zum europäischen Recht vorlegen können. Zu dieser Vorlage sind letztinstanzliche Gerichte in Deutschland und in Italien aber auch verpflichtet, wenn sie die Rechtsfrage nach europäischem Recht nicht bereits für geklärt halten.

Viele deutsche Kollegen fanden es ärgerlich, dass der Bundesgerichtshof seine Entscheidungen, den EuGH nicht vorzulegen, in der Regel nicht begründet.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ist nun mit einer Entscheidung vom 16.12.2025, Az. 34701/21, einem Rechtsanwalt zur Hilfe gekommen, der aus eigenem Recht gegen ein Rentensystem geklagt hatte, das eine Großkanzlei eingeführt hatte. Auch hier hatte der BGH zunächst den Antrag, die Sache dem EUGH vorzulegen, ohne Begründung abgelehnt. Das Strassburger Gericht stellte fest, dass der BGH den Anwalt dadurch in seinem Recht auf ein faires Verfahren aus Art. 6 Abs. 1 Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) verletzt habe.

In Zukunft wird jedes Gericht, das letztinstanzlich entscheidet, in Deutschland und in Italien begründen müssen, warum es den Europäischen Gerichtshof nicht anruft – recht so!

Schlecht begründet? Egal!

In Deutschland muss eine Berufung gegen ein Urteil innerhalb einer gesetzlichen Frist begründet werden. Andernfalls wird sie als unzulässig verworfen.

Der Bundesgerichtshof (20.11.2025, Az. V ZR 66/25) hatte nun über einen ungewöhnlichen Fall zu entscheiden. Das Oberlandesgericht Karlsruhe hatte eine Berufung mangels ordnungsgemäßer Begründung zurückgewiesen. Nach Auffassung des Gerichts enthielt der eingereichte Schriftsatz derart viele sachliche und rechtliche Absurditäten, dass er unmöglich von einem Juristen, geschweige denn von einem Rechtsanwalt, verfasst worden sein konnte. Der gesammelte Unsinn war aber von einem Rechtsanwalt unterschrieben worden.

Der Bundesgerichtshof hob die Entscheidung des Oberlandesgerichts auf: Die Qualität einer Berufungsbegründung entscheide nicht darüber, ob sie als Prozesshandlung wirksam ist. Mit anderen Worten: Auch der größte Unsinn muss verhandelt werden, wenn ein Rechtsanwalt ihn unterschreibt.

Noch vor wenigen Jahren hätte man derartigen Unsinn einer KI zugeschrieben. Heute hat sie sich so weiterentwickelt, sodass Halluzinationen kaum noch auftreten.

Italien: Für den Anwalt, der die Fassung verliert, wird es teuer („Cafone“!)

Mit der Entscheidung Nr. 242 vom 11.09.2025 hat der Consiglio Nazionale Forense (CNF) daran erin-

nert, dass das Verhalten des Rechtsanwalts dem Ansehen der Anwaltschaft entsprechen muss. Dieses verlange ein individuelles Auftreten, das von positiven Werten geprägt sei und frei von jeglichem möglichen ethischen, zivilrechtlichen oder moralischen Tadel bleibe.

In jedem zwischenmenschlichen Kontakt – unabhängig davon, mit wem der Anwalt interagiere – habe er ein Verhalten an den Tag zu legen, das die Würde des Berufsstands wahre. Daraus folge, dass ein anwaltliches Fehlverhalten im Sinne des Berufsrechts vorliege, wenn sich ein Rechtsanwalt gegenüber einem Kanzleimitarbeiter (Gerichtsbediensteten der Geschäftsstelle) verbal nicht beherrsche.



Im konkreten Fall hatte ein Anwalt einen Kanzleibeamten als „unhöflich und grob“ („maleducato e cafone“) bezeichnet. Der betroffene Mitarbeiter reichte daraufhin eine Beschwerde bei der Rechtsanwaltskammer von Fermo ein. Der Disziplinarrat der Anwaltschaft im Bezirk des Berufungsgerichts Ancona stellte fest, dass das Verhalten des Anwalts nicht mit dem Berufsrecht vereinbar sei, und verhängte eine Disziplinarmaßnahme.

Der Anwalt legte gegen diese Entscheidung Rechtsmittel ein. Der Consiglio Nazionale Forense bestätigte jedoch die Entscheidung. In Verbindung mit zwei weiteren Disziplinarverfahren führte dies letztlich zu einer zweimonatigen Suspendierung des Anwalts aus der Anwaltsliste.

Die Entscheidung ist hier abrufbar: <https://www.codicedeontologico-cnf.it/GM/2025-242.pdf>

Deutsche Rechtsanwälte: Büropflicht

Auch bei zunehmender Verlagerung anwaltlicher Tätigkeit in den virtuellen Raum – insbesondere durch Homeoffice und Mandantenbesprechungen per Videokonferenz – bleibt der Bundesgerichtshof mit Urteil vom 01.12.2025 (AnwZ 50/24) bei einer konservativen Auffassung: Danach bleibt der Rechtsanwalt weiterhin verpflichtet, einen physischen Kanzleisitz zu unterhalten. Die bloße digitale Erreichbarkeit ersetzt die berufsrechtlich geforderte Kanzleistruktur nicht.

Im zugrunde liegenden Fall hatte ein Rechtsanwalt seine Tätigkeit über ein Bürocenter organisiert und sich dort virtuell eingeloggt, um seine Erreichbarkeit sicherzustellen. Den daraus resultierenden Rechtsstreit mit der zuständigen Rechtsanwaltskammer – ob er damit seiner Kanzleipflicht genüge – verlor er. Der Bundesgerichtshof stellte klar, dass ein

Rechtsanwalt nach deutschem Berufsrecht nicht nur über geeignete Kanzleiräume verfügen muss, sondern auch zu angemessenen Zeiten tatsächlich dort präsent sein soll.

KI bei Bachelorarbeit

Das Verwaltungsgericht Kassel Urt. vom 25.01.2026, 7 K 2134/24) hat festgestellt, dass der Einsatz von Künstlicher Intelligenz bei der Erstellung von Bachelorarbeiten eine schwere Täuschung im Prüfungsverfahren darstellt, der betreffende Kandidat darf nicht mehr zur weiteren Prüfung zugelassen werden.

In einem der zwei entschiedenen Fälle hatte der Prüfling den Einsatz entsprechender Hilfsmittel selbst eingeräumt. In einem anderen Fall ergaben sich erhebliche Widersprüche zwischen der mündlichen Prüfungsleistung und der schriftlichen Ausarbeitung, die auf eine unzulässige Fremdhilfe schließen ließen.

Die Entscheidungen stammen aus dem Jahr 2024. Zunehmend ist davon auszugehen, dass Prüfungsämter über Software verfügen werden, mit der sich der Einsatz von KI-gestützten Textgeneratoren erkennen lässt

PS: Auch Mandanten werden bald über entsprechende Software verfügen.

Teure Beratungsfehler

Der Diesel-Skandal hat in Deutschland die Justiz und die Rechtsanwälte vor ganz neue Herausforderungen gestellt. Er hat viele Facetten. Eine für Rechtsanwälte unangenehme ist die Schadensersatzklage der Firma Continental vor dem Landgericht Frankfurt am Main, die von der Wirtschaftskanzlei Nörr rund 130 Millionen Euro wegen angeblicher Falschberatung bei der Bewältigung des Dieselskandals zurückfordert. Wir wünschen den Kollegen einen guten Ausgang (Quelle: LTO vom 10.04.2026).

Abschließend zwei Entscheidungen zu den Hinweispflichten des Rechtsanwalts

Das Oberlandesgericht Köln hat bereits mit Beschluss vom 05.11.2018 (5 U 33/18) festgestellt, dass ein Rechtsanwalt grundsätzlich verpflichtet ist, den Mandanten auf die Möglichkeit einer Prozessfinanzierung hinzuweisen, wenn die Kosten eines Rechtsstreits für den Mandanten ein Hindernis für die Rechtsverfolgung darstellen können. Er ist jedoch – erfreulicherweise – nicht verpflichtet, einen besonders günstigen Prozessfinanzierer zu suchen oder zu kontaktieren.

In einer aktuellen Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom 30.04.2026 (Az. IX ZR 154/24) stellt der Bundesgerichtshof zudem klar, dass Rechtsanwälte Mandanten unabhängig vom Bestehen einer Rechtsschutzversicherung stets auf möglicherweise verschlechterte Erfolgsaussichten hinweisen müssen. Insbesondere der pauschale Hinweis, eine Rechtsschutzversicherung werde „ohnehin alles abdecken“, ist fehl am Platz und kann zu Rückforderungen der Versicherung führen.

INFORMAZIONI PER COLLEGHI

Va motivato il diniego dell'inoltro della questione alla CGUE

Un cittadino dell'Unione europea, sia esso tedesco o italiano, non può rivolgersi direttamente alla CGUE. Quest'ultima interviene solo su richiesta dei tribunali nazionali, i quali possono sottoporre alla CGUE questioni aperte relative al diritto europeo. I tribunali di ultima istanza in Germania e in Italia sono tuttavia tenuti a presentare tali questioni se non ritengono che la questione giuridica relativa al diritto europeo sia già stata chiarita.

Molti colleghi tedeschi hanno trovato fastidioso il fatto che la Corte federale di Cassazione, di norma, non motivi le proprie decisioni di non sottoporre le questioni alla CGUE.

La Corte europea dei diritti dell'uomo è ora intervenuta con una decisione del 16 dicembre 2025 RG. 34701/21 in seguito ad una causa radicata da un avvocato che aveva tentato un'azione a titolo personale contro un sistema pensionistico introdotto da un grande studio legale. Anche in questo caso la Corte federale di cassazione aveva inizialmente respinto, senza motivazione, la richiesta di sottoporre la questione alla CGUE. La Corte di Strasburgo ha stabilito che, così facendo, la Corte federale di cassazione aveva violato il diritto dell'avvocato a un processo equo ai sensi dell'art. 6, co. 1 della Convenzione europea dei diritti dell'uomo (CEDU).

In futuro, ogni tribunale che decide in ultima istanza, sia in Germania che in Italia, dovrà motivare perché non adisce la Corte di giustizia europea – ed è giusto così!

Motivazione carente? Non importa!

In Germania, un ricorso in appello contro una sentenza deve essere motivato entro un termine previsto dalla legge. In caso contrario, viene respinto in quanto inammissibile.

La Corte federale di cassazione (20 novembre 2025, n. V ZR 66/25) ha dovuto ora pronunciarsi su un caso insolito. La Corte d'appello di Karlsruhe aveva respinto un ricorso in appello per mancanza di motivazione adeguata. Secondo il tribunale, la memoria presentata conteneva così tante assurdità di fatto e di diritto che non poteva essere stata redatta da un giurista, figuriamoci da un avvocato. Tuttavia, l'insieme di queste assurdità era stato firmato da un avvocato.

La Corte federale di cassazione ha annullato la decisione della Corte d'appello: la qualità di una motivazione d'appello non determina la sua efficacia come atto processuale. In altre parole: anche la più grande assurdità deve essere discussa in tribunale se è firmata da un avvocato.

Solo pochi anni fa si sarebbe attribuita una tale assurdità a un'intelligenza artificiale. Oggi questa si è evoluta a tal punto che le allucinazioni non si verificano quasi più.

Italia: l'avvocato che perde la pazienza paga («Cafone»!)

Con la delibera n. 242 dell'11.09.2025, il Consiglio Nazionale Forense (CNF) ha ricordato che il comportamento dell'avvocato deve essere conforme al prestigio della professione forense. Ciò richiede un comportamento individuale improntato a valori positivi e privo di qualsiasi possibile rimprovero etico, civile o morale.

In ogni contatto interpersonale – indipendentemente dall'interlocutore – l'avvocato deve tenere un comportamento che salvaguardi la dignità della professione. Ne consegue che si configura un comportamento scorretto ai sensi del diritto forense qualora un avvocato non mantenga il controllo verbale nei confronti di un collaboratore dello studio (impiegato della cancelleria).

Nel caso concreto, un avvocato aveva definito un impiegato dello studio legale «maleducato e cafone». Il collaboratore interessato ha quindi presentato un reclamo all'Ordine degli Avvocati di Fermo. Il Consiglio di Disciplina dell'Ordine degli Avvocati del distretto della Corte d'Appello di Ancona ha constatato che il comportamento dell'avvocato non era compatibile con il diritto professionale e ha irrogato una sanzione disciplinare.

L'avvocato ha presentato ricorso contro tale decisione. Il Consiglio Nazionale Forense ha tuttavia confermato la decisione. L'avvocato è stato inoltre sospeso per due mesi in seguito ad altri due procedimenti.

La decisione è consultabile qui: <https://www.codicedeontologico-cnf.it/GM/2025-242.pdf>



Avvocato in sede

Avvocati tedeschi: obbligo di sede fisica

Nonostante il crescente trasferimento dell'attività forense nello spazio virtuale – in particolare attraverso il telelavoro e le riunioni con i clienti in videoconferenza – la Corte federale di cassazione, con sentenza del 1° dicembre 2025 (AnwZ 50/24), mantiene una posizione conservatrice, secondo cui l'avvocato rimane comunque tenuto a mantenere una sede fisica dello studio. La semplice raggiungibilità digitale non sostituisce la struttura dello studio richiesta dal diritto professionale.

Nel caso in esame, un avvocato aveva organizzato la propria attività tramite un centro uffici e vi si era collegato virtualmente per garantire la propria raggiungibilità. Ha perso la controversia legale che ne è deri-

vata con l'Ordine degli Avvocati competente, relativa al fatto che ciò soddisfacesse o meno il suo obbligo di avere uno studio. La Corte Federale di Giustizia ha chiarito che, secondo il diritto professionale tedesco, un avvocato non solo deve disporre di locali adeguati per lo studio, ma deve anche essere effettivamente presente in loco in orari ragionevoli.

IA e tesi di laurea

Il Tribunale amministrativo di Kassel (sentenza del 25.01.2026, 7 K 2134/24) ha stabilito che l'uso dell'intelligenza artificiale nella stesura di tesi di laurea costituisce un grave inganno nella procedura d'esame, per cui il candidato in questione non può più essere ammesso alle prove successive.

In uno dei due casi decisi, il candidato aveva ammesso personalmente di aver utilizzato strumenti di questo tipo. In un altro caso sono emerse notevoli incongruenze tra la prestazione d'esame orale e la prova scritta, che facevano supporre un ricorso illecito ad aiuti esterni.

Le decisioni risalgono al 2024. È sempre più probabile che gli commissioni d'esame disporranno di software in grado di rilevare l'uso di generatori di testo basati sull'intelligenza artificiale.

P.S.: Anche i clienti disporranno presto di software di questo tipo.

Costosi errori di consulenza

Lo scandalo del diesel ha posto la magistratura e gli avvocati tedeschi di fronte a sfide completamente nuove. Si tratta di una vicenda dalle molteplici sfaccettature. Una delle più spiacevoli per gli avvocati è l'azione di risarcimento intentata dalla società Continental dinanzi al Tribunale regionale di Francoforte sul Meno, con cui chiede al proprio studio legale la restituzione di circa 130 milioni euro a causa di una presunta consulenza errata nella gestione dello scandalo del diesel. Auguriamo ai colleghi un esito positivo (fonte: LTO del 10/04/2026).

Due decisioni relative agli obblighi di informazione dell'avvocato

La Corte d'Appello di Colonia ha già stabilito con ordinanza del 5 novembre 2018 (5 U 33/18) che un avvocato è in linea di principio tenuto a informare il cliente della possibilità di un finanziamento del contenzioso, qualora i costi di una controversia possano rappresentare per il cliente un ostacolo all'esercizio dei propri diritti. Tuttavia, fortunatamente, non è tenuto a cercare o contattare un finanziatore processuale particolarmente conveniente.

In una recente sentenza della Corte federale di cassazione del 30 aprile 2026 (rif. IX ZR 154/24), la Corte federale di cassazione chiarisce inoltre che gli avvocati devono sempre informare i clienti di eventuali prospettive di successo sfavorevoli, indipendentemente dall'esistenza di un'assicurazione di tutela legale. In particolare, l'affermazione generica secondo cui un'assicurazione di tutela legale «coprirà comunque tutto» è fuori luogo e può comportare richieste di rimborso da parte dell'assicurazione.

ARBEITSRECHT

Haftungsfragen bei der Anwendung von KI im Betrieb

In einem Beitrag in LTO vom 13.01.2026 erörtern Kramer und Süß Haftungsfragen beim Einsatz von KI-Systemen im Arbeitsverhältnis.

Die bislang einzige spezifische gesetzliche Regelung im Bereich der Künstlichen Intelligenz, nämlich die Europäische KI-Verordnung, sieht in Artikel 4 vor, dass Beschäftigte im Umgang mit KI-Systemen angemessen geschult und im Sinne von KI-Kompetenz befähigt werden müssen, soweit sie mit deren Einsatz befasst sind.

Die Autoren vertreten die Auffassung, dass die herkömmlichen arbeitsrechtlichen Grundsätze der gefährigten Tätigkeit des deutschen Arbeitsrechts Anwendung finden. Danach kann bei vorsätzlich fehlerhafter Nutzung eines KI-Systems der Arbeitnehmer im Innenverhältnis den Schaden allein zu tragen haben. Bei fahrlässigem Verhalten kommt hingegen – abhängig vom Grad des Verschuldens – eine anteilige Haftung im Innenverhältnis in Betracht.

Im Außenverhältnis bleibt der Arbeitgeber gegenüber Dritten jedoch stets verantwortlich, insbesondere gemäß § 278 BGB (Haftung für Erfüllungsgehilfen). Auch wenn KI das Kommando im Betrieb übernimmt.

Deutschland: Arbeitszeit erfassen!

Nach einem Beitrag von Sorber und Felizak in LTO vom 02.02.2026 könnten in Deutschland bereits heute Bußgelder wegen fehlender Zeiterfassungssysteme verhängt werden.

Grundlage dieser Einschätzung ist ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 14.05.2019 (C-55/18), wonach die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, Arbeitgeber zur Einrichtung eines objektiven, verlässlichen und zugänglichen Systems zur Erfassung der täglichen Arbeitszeit anzuhalten. Bislang hat der deutsche Gesetzgeber hierzu kein ausdrückliches Gesetz erlassen.

Nach Auffassung der Autoren spricht jedoch vieles dafür, dass bereits jetzt bei fehlender Arbeitszeiterfassung zunächst aufsichtsrechtliche Maßnahmen der zuständigen Behörden – etwa Abmahnungen – in Betracht kommen können. Sollte auch darauf keine Umsetzung erfolgen, könnten im weiteren Verlauf auch Bußgelder verhängt werden.

Teilkrank

Deutschland plant eine große Gesundheitsreform, die die Finanzierbarkeit der Leistungen auch in Zukunft sichern soll. In diesem Rahmen soll auch eine „Teil-Arbeitsunfähigkeit“ eingeführt werden, nach der der Arbeitnehmer je nach Leistungsfähigkeit 25 %, 50 % oder 75 % seiner Arbeitskraft wieder einbringen kann.

Gedacht ist insbesondere an Langzeiterkrankungen oder psychische Krankheitsbilder, bei denen eine teilweise Arbeitsfähigkeit grundsätzlich noch gegeben ist. Die Zustimmung des Arbeitgebers zur Aufnahme einer solchen Teilzeitbeschäftigung bliebe jedoch erforderlich.

Zugang von Kündigungen

Es war seit jeher bekannt, dass einseitige Willenserklärungen im deutschen Recht – insbesondere Kündigungen von Arbeitsverhältnissen – nicht per Einschreiben mit Rückschein versendet werden sollten. Hintergrund ist, dass der Zugang der Erklärung erst mit der tatsächlichen Abholung beim Postamt erfolgen würde und der Empfänger diesen Zugang dadurch faktisch vereiteln könnte.

Wie das Bundesarbeitsgericht mit Urteil vom 13.01.2025 entschieden hat, ist nunmehr auch das einfache Einschreiben zu einem rechtlich riskanten Übermittlungsweg geworden, da dem Arbeitgeber im Streitfall häufig die Vorlage eines Auslieferungsbelegs nicht möglich ist.

Es bleibt dabei, dass die sicherste Form der Zustellung die Zustellung durch Zeugen ist – soweit man den Gerichtsvollzieher nicht bemühen möchte!

Fristlose Kündigung wegen Nichtgendern

Es gibt deutsche Gerichtsentscheidungen, die selbst juristisch interessierten italienischen Lesern zunächst erklärt werden müssen, wenn sie die gesellschaftlichen Debatten in Deutschland nicht verfolgen.

Seit Jahren erhitzt in Deutschland insbesondere das sogenannte „Gendern“ die Gemüter. Gemeint ist der Versuch, Personenbezeichnungen geschlechtsneutral zu formulieren und dabei alle Geschlechter sprachlich einzubeziehen. Dies führt teilweise zu neuen Schreibweisen und grammatikalischen Besonderheiten. So wird beispielsweise statt von „Rechtsanwälten und Rechtsanwältinnen“ von „Rechtsanwält:innen“ gesprochen.

Einige Behörden und öffentliche Unternehmen haben die Verwendung solcher genderneutralen Formulierungen zeitweise verpflichtend eingeführt. Andere Einrichtungen sind inzwischen wieder zu einer traditionellen Sprachverwendung zurückgekehrt.

Rechtspopulisten spielen sich dabei als Bewahrer der Sprachreinheit auf und erklären sich als fanatische Gegner des Genderns (und sammeln damit Stimmen).

Vor diesem Hintergrund hatte sich das Landesarbeitsgericht Hamburg (5.02.2026, Az. 1 SLa 18/25 und 1 SLa 19/25) mit folgendem Fall zu befassen. Bei einer Bundesbehörde war eine Diplom-Chemikerin zur Strahlenschutzbeauftragten bestellt worden. Sie weigerte sich, ein an die Belegschaft gerichtetes Schreiben zur Anpassung des Strahlenschutzes genderneutral zu verfassen. Daraufhin erhielt sie zunächst eine Abmahnung und schließlich eine fristlose Kündigung.

Die Chemikerin wandte sich gegen die Kündigung und das Landesarbeitsgericht Hamburg gab der Arbeitnehmerin Recht. Bemerkenswert ist dabei, dass sich das Gericht nicht zur grundsätzlichen Frage äußerte, ob Arbeitgeber ihre Beschäftigten zum Gendern verpflichten dürfen. Die Entscheidung stützte sich vielmehr darauf, dass die Klägerin nach Auffassung des Gerichts überhaupt nicht verpflichtet gewesen war, die verlangten Schreiben zu erstellen.

Italien:

Gesetzesdekret Nr. 96/2026 zur Entgelttransparenz

Ab dem 7. Juni 2026 gilt in Italien das Gesetzesdekret Nr. 96/2026, mit dem die EU-Richtlinie zur Entgeltgleichheit von Frauen und Männern umgesetzt wird. Ziel ist es, Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern zu verringern und mehr Transparenz bei Gehältern zu schaffen.

Die wichtigsten Neuerungen auf einen Blick:

Mehr Transparenz bei Stellenangeboten

- Stellenanzeigen müssen das Einstiegsgehalt oder eine Gehaltsspanne enthalten.
- Der anzuwendende Tarifvertrag (CCNL) ist anzugeben.
- Arbeitgeber dürfen Bewerber nicht nach ihrem bisherigen oder aktuellen Gehalt fragen.

Klare Regeln für die Vergütung

Arbeitgeber müssen offenlegen, nach welchen Kriterien Gehälter, Entgeltstufen und Gehaltsentwicklungen festgelegt werden. Wird ein einschlägiger Tarifvertrag angewendet, genügt in der Regel der Verweis auf die dort festgelegten Regelungen. Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten sind von einzelnen Transparenzpflichten ausgenommen.

Stärkere Rechte für Arbeitnehmer

Beschäftigte können einmal jährlich schriftlich Auskunft über die durchschnittlichen Gehälter von Frauen und Männern für gleiche oder gleichwertige Tätigkeiten verlangen. Arbeitgeber müssen jährlich auf dieses Recht hinweisen. Vereinbarungen, die Arbeitnehmern verbieten, über ihr Gehalt zu sprechen, sind unzulässig.

Kontrolle des Gender Pay Gaps

Unternehmen mit mindestens 100 Beschäftigten müssen Daten zum geschlechtsspezifischen Entgeltgefälle melden. Liegt der durchschnittliche Gehaltsunterschied zwischen Frauen und Männern bei mindestens 5 % und kann er nicht objektiv begründet werden, müssen gemeinsam mit den Arbeitnehmervertretern Maßnahmen zur Überprüfung und Korrektur erarbeitet werden.

Fazit

Das neue Gesetz stärkt die Entgelttransparenz sowohl bei der Einstellung als auch im laufenden Arbeitsverhältnis. Dadurch sollen ungerechtfertigte Gehaltsunterschiede zwischen Frauen und Männern leichter erkannt und abgebaut werden.



geprüfte Köche

DIRITTO DEL LAVORO

Responsabilità nell'uso dell'IA in azienda

In un articolo pubblicato su LTO il 13 gennaio 2026, Kramer e Süß analizzano le questioni di responsabilità derivanti dall'impiego di sistemi di intelligenza artificiale nel rapporto di lavoro.

L'unica normativa specifica oggi esistente in materia di IA, ossia il Regolamento europeo sull'Intelligenza Artificiale (AI Act), prevede all'articolo 4 che i lavoratori che utilizzano sistemi di IA debbano ricevere una formazione adeguata e acquisire le necessarie competenze in materia di IA, nella misura in cui siano coinvolti nel loro utilizzo.

Secondo gli autori, continuano ad applicarsi i tradizionali principi del diritto del lavoro tedesco relativi alle attività particolarmente rischiose ("gefährungeneigte Arbeit"). In base a tali principi, se il lavoratore utilizza intenzionalmente in modo errato un sistema di IA, può essere chiamato a rispondere integralmente del danno nei rapporti interni con il datore di lavoro; in caso di comportamento colposo, la responsabilità viene ripartita tra datore di lavoro e dipendente in misura proporzionata al grado della colpa.

Nei confronti dei terzi, tuttavia, il datore di lavoro resta sempre responsabile, in particolare ai sensi del § 278 del Codice Civile tedesco (BGB), che disciplina la responsabilità per gli ausiliari nell'adempimento. Ciò vale anche quando l'IA assume un ruolo decisionale predominante nell'organizzazione aziendale.

Germania: obbligo di registrazione dell'orario di lavoro!

Secondo un articolo di Sorber e Feliziak pubblicato su LTO il 2 febbraio 2026, in Germania potrebbero già oggi essere irrogate sanzioni amministrative ai datori di lavoro che non dispongono di un sistema di rilevazione dell'orario di lavoro.

Tale conclusione si fonda sulla sentenza della Corte di Giustizia dell'Unione Europea del 14 maggio 2019 (causa C-55/18), secondo cui gli Stati membri devono imporre ai datori di lavoro l'adozione di un sistema oggettivo, affidabile e accessibile per la registrazione dell'orario giornaliero di lavoro.

Sebbene il legislatore tedesco non abbia ancora emanato una disciplina espressa in materia, gli autori ritengono che le autorità competenti possano già oggi adottare misure di vigilanza, come diffide o ammonimenti; in caso di persistente inadempimento, possano successivamente essere applicate sanzioni pecuniarie.

"Parzialmente malato"

La Germania sta progettando una vasta riforma sanitaria finalizzata a garantire la sostenibilità economica del sistema sanitario nel lungo periodo.

Tra le misure in discussione vi è l'introduzione della cosiddetta "parziale incapacità lavorativa" (Teil-Arbeitsunfähigkeit), che consentirebbe al lavoratore di riprendere l'attività lavorativa nella misura del 25%, 50% o 75% della propria capacità lavorativa residua.

La misura è pensata soprattutto per malattie di lunga durata, patologie psichiche o per situazioni in cui permane comunque una parziale capacità lavorativa.

Rimarrebbe tuttavia necessaria l'approvazione del datore di lavoro per l'effettiva ripresa dell'attività in regime ridotto.

Notifica dei licenziamenti

È sempre stato noto che, nel diritto tedesco, le dichiarazioni unilaterali di volontà – in particolare il licenziamento – non dovrebbero essere inviate tramite raccomandata con ricevuta di ritorno.

Il motivo è che la dichiarazione produce effetti solo quando viene effettivamente ritirata presso l'ufficio postale e il destinatario potrebbe quindi impedirne il perfezionamento semplicemente non ritirandola.

Con sentenza del 13 gennaio 2025, il Tribunale Federale del Lavoro tedesco (Bundesarbeitsgericht) ha inoltre stabilito che anche la raccomandata semplice (Einwurf-Einschreiben) è divenuta una modalità di trasmissione giuridicamente rischiosa, poiché il datore di lavoro spesso non è in grado di produrre in giudizio una prova sufficientemente certa della consegna.

Resta quindi confermato che il metodo più sicuro per notificare un licenziamento è la consegna tramite un testimone, salvo che si preferisca ricorrere all'ufficio giudiziario.

Licenziamento in tronco per mancato uso del linguaggio inclusivo

Esistono decisioni dei tribunali tedeschi che richiedono qualche spiegazione anche ai lettori italiani interessati al diritto, qualora non seguano il dibattito sociale tedesco.

Da anni, infatti, in Germania suscita forti discussioni il cosiddetto "gendern", ossia l'utilizzo di forme linguistiche volte a includere espressamente tutti i generi.

Ciò ha portato alla diffusione di nuove forme grammaticali. Ad esempio, invece di utilizzare le espressioni separate "avvocati" e "avvocate" (Rechtsanwälte und Rechtsanwältinnen), si ricorre talvolta alla forma inclusiva Rechtsanwält:innen.

Alcune amministrazioni pubbliche e imprese pubbliche hanno temporaneamente imposto l'uso di tali formulazioni; altre sono successivamente tornate all'uso linguistico tradizionale.

I partiti e movimenti della destra populista si sono spesso presentati come difensori della "purezza della lingua", opponendosi con forza al linguaggio inclusivo e traendo da ciò consenso elettorale.

In questo contesto, il Tribunale Regionale del Lavoro di Amburgo (sentenze del 5 febbraio 2026, cause n. 1 SLa 18/25 e 1 SLa 19/25) si è occupato del seguente caso.

Una chimica laureata, nominata responsabile della radioprotezione presso un'autorità federale, si era rifiutata di redigere una comunicazione interna relativa all'aggiornamento delle norme sulla radioprotezione utilizzando un linguaggio inclusivo.

Dopo una contestazione disciplinare (Abmahnung), la dipendente era stata licenziata per giusta causa con effetto immediato.

La lavoratrice ha impugnato il licenziamento e il Tribunale Regionale del Lavoro le ha dato ragione.

È interessante notare che il tribunale non si è pronunciato sulla questione generale se un datore di lavoro possa imporre ai dipendenti l'uso del linguaggio inclusivo. La decisione si è invece basata sul fatto che, secondo il giudice, la lavoratrice non era affatto tenuta a redigere i documenti richiesti.

Italia:

D.Lgs. 96/2026 sulla trasparenza retributiva

Dal 7 giugno 2026 entra in vigore il decreto che recepisce la direttiva UE sulla parità salariale tra uomini e donne.

Principali novità:

Trasparenza nelle assunzioni:

- Nei bandi e annunci di lavoro deve essere indicata la retribuzione iniziale o la relativa fascia salariale.
- Deve essere specificato il CCNL applicato.
- È vietato chiedere ai candidati quanto guadagnano o guadagnavano nei precedenti rapporti di lavoro.

Trasparenza interna sulle retribuzioni:

I datori di lavoro devono rendere accessibili i criteri utilizzati per determinare:

- retribuzioni;
- livelli salariali;
- progressioni economiche.

Se si applica un CCNL stipulato dalle organizzazioni sindacali maggiormente rappresentative, l'obbligo può essere assolto rinviando ai criteri previsti dal contratto collettivo e dagli eventuali accordi aziendali.

Le aziende con meno di 50 dipendenti sono esonerate dall'obbligo relativo ai criteri di progressione economica.

Diritti dei lavoratori:

- Una volta all'anno possono richiedere per iscritto informazioni sui livelli retributivi medi, distinti per sesso, relativi a lavori uguali o di pari valore.
- Il datore di lavoro deve informarli annualmente di questo diritto.
- Sono vietate le clausole che impediscono ai lavoratori di comunicare la propria retribuzione.

Monitoraggio del divario retributivo di genere:

- Le aziende con almeno 100 dipendenti devono comunicare dati sul gender pay gap.
- Se emerge una differenza retributiva media tra uomini e donne pari o superiore al 5%, non giustificata da fattori oggettivi e non corretta entro 6 mesi, l'azienda deve effettuare una valutazione retributiva congiunta con i rappresentanti dei lavoratori.

In sintesi:

Il decreto punta a ridurre il divario salariale di genere imponendo maggiore trasparenza sugli stipendi, sia nella fase di assunzione sia durante il rapporto di lavoro, e introducendo controlli specifici nelle aziende più grandi.

IMMOBILIENSEITE

Aufgabe des Eigentums: Zwischen dem "Ja" des Kassationsgerichts und den neuen Einschränkungen des Haushaltsgesetzes 2026

In unserem letzten Mandantenbrief Nr. 59 hatten wir über das wichtige Urteil vom August 2025 berichtet, mit dem die Vereinigten Senate des Kassationsgerichts (Urteil 23093/2025) entschieden hatten, dass die Aufgabe einer Immobilie ein zulässiges Recht ist. Nach Ansicht der Richter kann der Eigentümer eine Immobilie aus rein wirtschaftlichen Gründen (z. B. überhöhte Instandhaltungskosten) „aufgeben“, wobei der Staat verpflichtet ist, sie automatisch zu übernehmen.

Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs hat jedoch die Befürchtung eines „Exodus“ verfallener Immobilien in die Staatskasse ausgelöst. Um dem entgegenzuwirken, hat das Haushaltsgesetz 2026 (Gesetz 199/2025) ab dem 1. Januar strenge Regelungen eingeführt, die den Verzicht zu einem komplexen und aufwendigen Verfahren machen.

Danach gilt die Verzichtserklärung als unwirksam, wenn sie nicht von technischen Unterlagen begleitet wird, die ihre vollständige Ordnungsmäßigkeit bestätigen. Es ist de facto nicht mehr möglich, Ruinen oder illegal errichtete Immobilien auf den Staat „abzuwälzen“.

Erforderliche Unterlagen:

- Städtebauliche und seismische Konformität: Gutachten zugelassener Sachverständiger, die Bauverstöße ausschließen und die strukturelle Sicherheit bescheinigen.
- Umweltzertifizierung: Nachweis der Abwesenheit von Umweltverschmutzung oder hydrogeologischen Risiken.
- Nutzungsbescheinigung: Unverzichtbar, um zu belegen, dass die Immobilie keine unmittelbare Belastung für die Allgemeinheit darstellt.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Der Verzicht bleibt zwar ein anerkanntes Recht, das neue Gesetz macht ihn jedoch nur für „regelkonforme“ Immobilien praktisch umsetzbar. Wer diese Voraussetzungen nicht erfüllt, bleibt in jeder Hinsicht Eigentümer und haftet weiterhin für Kosten, Steuern sowie zivil- und strafrechtliche Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Immobilie.

Hauskauf: Caparra nahe am Kaufpreis ist zulässig

Nach Ansicht des Kassationsgerichtshofs ist eine Caparra im Immobilienkauf auch dann wirksam, wenn sie nahezu den gesamten Kaufpreis abdeckt.

Die Caparra beim Immobilienkauf ist ein Geldbetrag, den der Käufer beim Abschluss des Vorvertrags (Compromesso) als Sicherheit leistet. Gemäß Art. 1385 des italienischen Zivilgesetzbuches handelt es sich um eine Bestätigungsanzahlung: Tritt der Käufer zurück, verliert er den Betrag; tritt der Verkäufer zurück, muss er das Doppelte zurückzahlen.

Der Kassationsgerichtshof hat mit Urteil Nr. 8217 vom 2. April 2026 entschieden, dass eine im Vorvertrag vereinbarte Caparra nahezu den gesamten Kauf-

preis umfassen kann, ohne dass sie vom Richter herabgesetzt werden darf. Mit diesem Urteil hat der Kassationsgerichtshof eine der umstrittensten Fragen im Bereich der Vorverträge geklärt: Die Höhe der Anzahlung und die richterlichen Eingriffsbefugnisse.

Der Fall betraf einen Vorvertrag über eine Immobilie mit einer vereinbarten Caparra von 400.000 Euro bei einem Gesamtpreis von 415.000 Euro. Nach Nichterfüllung durch den Käufer machte der Verkäufer vom Rücktrittsrecht Gebrauch und behielt den Betrag ein. Der Käufer verlangte eine Herabsetzung der Caparra wegen eines groben Missverhältnisses zum Vertragswert.

Der Kassationsgerichtshof stellte zwei Grundsätze auf:

- Erstens: Keine richterliche Herabsetzung von Amts wegen. Anders als bei der Vertragsstrafe (die nach Art. 1384 ZGB aus Billigkeitsgründen reduziert werden kann) ist die Caparra nicht herabsetzbar. Die Parteien sind an die frei vereinbarte Höhe gebunden.
- Zweitens: Grenze ist allein die Natur der Caparra. Sie muss einen Teil des Kaufpreises darstellen. Wäre sie gleich hoch oder höher als der Gesamtpreis, wäre die Klausel unwirksam, da sie ihre Funktion verlieren und einer vollständigen Vorauszahlung gleichkäme.

Solange die Caparra also einen – auch sehr hohen – Bruchteil des Kaufpreises darstellt (im entschiedenen Fall 96 %), ist sie zulässig. Der Kassationsgerichtshof betont damit den Vorrang der Vertragsfreiheit: Wer unterschreibt, akzeptiert die Caparra als „Rücktrittspreis“, ohne Anspruch auf richterliche Korrektur.

Die Konsequenz für die Praxis ist eindeutig: Die Caparra ist ein starkes und im Grundsatz „unantastbares“ Instrument. Der vereinbarte Betrag muss daher besonders sorgfältig geprüft werden, da im Fall der Nichterfüllung keine Reduzierung durch den Richter zu erwarten ist.

Für Verkäufer bedeutet dies einen erheblichen Vorteil: sehr hohe Sicherheitsleistungen können das Geschäft effektiv absichern. Für Käufer hingegen besteht ein erhebliches Risiko, da hohe Caparra im Verlustfall vollständig verloren gehen können.

Kassationsgericht: Notar haftet bei fehlendem Hinweis auf Nutzungsgenehmigung

Der Beschluss des Kassationsgerichtshofs, III. Zivilkammer, Nr. 1603 vom 24. Januar 2026, stellt klar, dass der Notar haftet, wenn er die Parteien nicht über das Fehlen einer Nutzungsgenehmigung informiert und dem Käufer hierdurch ein Schaden entsteht.

Dies gilt insbesondere, wenn die Immobilie eine abweichende Zweckbestimmung aufweist (z. B. Verkauf eines als Wohnraum deklarierten Lagers).

Für den Kausalzusammenhang gilt ein strenger Maßstab: Es genügt nicht, dass ein Beratungsfehler vorliegt; vielmehr muss feststehen, dass der Käufer bei ordnungsgemäßer Aufklärung anders entschieden

hätte. Nur wenn dies nachgewiesen wird, kommt eine Haftung in Betracht.

Bauverstöße und Marktgängigkeit (Cass. 428/2026)

Bei erheblichen Bauverstößen kann der Vorvertrag angefochten werden. Die Rechtsprechung schützt grundsätzlich den Käufer, der bei wesentlichen Mängeln die Zahlung verweigert.

Sind die städtebaulichen Unregelmäßigkeiten jedoch bereits im Vorvertrag offengelegt, kann sich der Käufer nicht darauf berufen, um die Zahlung zu verweigern. Die Weigerung, zum notariellen Abschluss zu erscheinen, stellt in diesem Fall eine Vertragsverletzung dar.

Bei vorzeitiger Übergabe führt der Rücktritt dazu, dass der Besitz sofort als unrechtmäßig gilt, mit der Folge von Rückgabepflicht und Schadensersatz.

Besserer Schutz für Eigentümer: Neues Eilverfahren bei unrechtmäßiger Besetzung

Parallel zum „Piano Casa“ ist eine Reform in Kraft getreten, die die Räumung unrechtmäßig besetzter Immobilien beschleunigt. Der neue Art. 321-bis StPO (eingeführt durch das Sicherheitspaket 2025) soll dem Phänomen der Hausbesetzungen entgegenwirken.

Bislang war die Räumung langwierig und bürokratisch. Heute ist eine sofortige Wiedererlangung des Besitzes möglich. Handelt es sich um die einzige Wohnung des Geschädigten, kann die Polizei im Eilverfahren eingreifen. Nach Feststellung der Straftat (Art. 634-bis StGB) können die Beamten die Besetzer zur Räumung auffordern und im Falle der Weigerung nach Zustimmung der Staatsanwaltschaft eine sofortige Zwangsräumung durchführen.

ERBRECHT

Erneut zum Europäischen Nachlasszeugnis

In Deutschland wird weiterhin die Frage diskutiert, ob ein Europäisches Nachlasszeugnis (ENZ) auch dann ausgestellt werden kann, wenn Einwände gegen den zu bescheinigenden Sachverhalt erhoben werden (Art. 67 Abs. 1 VO (EU) Nr. 650/2012). Umstritten ist insbesondere, ob das Gericht jedenfalls in der Beschwerdeinstanz offensichtlich unbegründete Einwände zurückweisen und gleichwohl ein ENZ erteilen darf. Das OLG Frankfurt a. M. hat nun entschieden, dass die vorherige Erteilung eines deutschen Erbscheins für sich genommen keine hinreichende Grundlage für die Ausstellung eines inhaltsgleichen Europäischen Nachlasszeugnisses darstellt. Zur Begründung verweist das Gericht darauf, dass der Erbschein keine der Rechtskraft fähige Entscheidung ist (OLG Frankfurt a. M., Beschl. v. 03.12.2025 – 21 W 96/23). Die Entscheidung fügt sich in die anhaltende Diskussion um die Streitigkeit des ENZ-Verfahrens ein (vgl. Marx, (K)ein streitiges ENZ-Verfahren?, ZEV 2026, 273).

PAGINA IMMOBILIARE

Rinuncia alla proprietà: tra il "sì" della Cassazione e i nuovi paletti della Legge di Bilancio 2026

Nella precedente lettera ai clienti n. 59 avevamo riferito sulla importante sentenza dell'agosto 2025, con cui le Sezioni Unite (sent. 23093/2025) avevano sentenziato che rinunciare a un immobile è un diritto legittimo. Secondo i giudici, il proprietario può "abbandonare" il bene per ragioni puramente economiche (es. eccessivi costi di manutenzione), e lo Stato è obbligato ad acquisirlo automaticamente.

L'apertura della Suprema Corte ha però generato il timore di un "esodo" di immobili degradati verso le casse pubbliche. Per correre ai ripari, la Legge di Bilancio 2026 (L. 199/2025) ha introdotto, dal 1° gennaio, regole rigorose che trasformano la rinuncia in un'operazione complessa e onerosa.

L'atto di rinuncia è considerato nullo se non è accompagnato da una documentazione tecnica che ne attesti la piena regolarità. Non è più possibile, di fatto, "scaricare" sullo Stato ruderi o immobili abusivi.

La documentazione necessaria:

- Conformità Urbanistica e Sismica: Perizie redatte da tecnici abilitati che escludano abusi edilizi e certifichino la sicurezza strutturale.
- Certificazione Ambientale: Verifica dell'assenza di inquinamento o rischi idrogeologici.
- Certificato di Agibilità: Fondamentale per dimostrare che il bene non sia un onere immediato per la collettività.

In conclusione, sebbene la rinuncia sia un diritto confermato, la nuova legge la rende una strada percorribile solo per immobili "in regola". Chi non rispetta questi requisiti resta proprietario a tutti gli effetti, continuando a rispondere dei costi, delle tasse e delle responsabilità civili e penali legate al bene.

Acquisto casa: la caparra quasi pari al prezzo di compravendita è valida.

La caparra nella compravendita è una somma di denaro versata dall'acquirente al venditore al momento della firma del contratto preliminare (compromesso) a garanzia dell'impegno assunto. Ai sensi dell'art. 1385 c.c., essa funge da caparra confirmatoria: se l'acquirente recede, perde la somma; se il venditore è inadempiente, deve restituire il doppio della caparra ricevuta.

La Corte di Cassazione ha stabilito la sentenza n. 8217 del 2 aprile 2026 che la caparra confirmatoria stabilita in un contratto preliminare può coprire quasi l'intero prezzo senza essere riducibile dal giudice.

Con la recente sentenza, la Cassazione è tornata a fare chiarezza su uno dei temi più dibattuti nei contratti preliminari: la caparra confirmatoria e i poteri di intervento del giudice.

La vicenda nasce da un contratto preliminare di compravendita immobiliare in cui le parti avevano pattuito una caparra confirmatoria di 400.000 euro, a fronte di un prezzo totale di 415.000 euro. In seguito all'inadempimento del promissario acquirente, il venditore aveva esercitato il diritto di recesso trattenendo la somma. L'acquirente chiedeva la riduzione della caparra, ritenendola manifestamente eccessiva e contraria ai principi di buona fede, data la sproporzione rispetto al valore dell'affare.

Con la sentenza la Corte ha stabilito due principi fondamentali, e cioè in primo luogo l'inapplicabilità della riduzione d'ufficio: a differenza della clausola penale, la caparra confirmatoria non può essere ridotta. Se le parti hanno liberamente concordato una somma, quella rimane la misura del danno predeterminato in caso di recesso.

In secondo luogo, l'unico vero limite è la natura stessa della caparra. Essa deve essere una parte del prezzo. Se la caparra fosse pari o superiore all'intero importo pattuito, la clausola sarebbe nulla perché perderebbe la sua funzione tipica, trasformandosi in un pagamento integrale anticipato.

Secondo i giudici, finché la caparra resta una "frazione" del corrispettivo (anche se molto elevata, come nel caso del 96% del prezzo), la pattuizione è legittima. La Cassazione ribadisce così la prevalenza dell'autonomia delle parti: chi firma un contratto deve essere consapevole che la caparra confirmatoria funge da "prezzo del recesso" e non gode delle tutele di riduzione previste per la penale.

Per chi opera nel mercato immobiliare o legale, il messaggio è chiaro: la caparra è uno strumento potente e "blindato". È fondamentale valutare con estrema attenzione l'importo versato al momento del preliminare, poiché, in caso di inadempimento, non ci si potrà appellare alla clemenza del giudice per ottenerne una parziale restituzione.

Richiedere una caparra molto elevata (anche oltre il consueto 10-20%) permette di "blindare" l'affare. In caso di inadempimento della controparte, il venditore ha la certezza di poter trattenere l'intera somma senza il rischio che un giudice la dichiari eccessiva, garantendosi un risarcimento immediato e non contestabile. Per l'acquirente è necessario prestare estrema cautela. Versare una caparra che copre gran parte del prezzo significa esporsi a un rischio finanziario altissimo. Poiché non esiste lo "scudo" della riduzione giudiziale, l'acquirente deve essere certo della propria solvibilità (o della delibera del mutuo) prima di firmare, sapendo che non potrà appellarsi all'equità per recuperare parte del denaro in caso di problemi. La scelta tra Caparra e Penale: I consulenti dovranno valutare se convenga ancora qualificare le somme come "caparra confirmatoria" o se, per una maggiore flessibilità, sia preferibile optare per una "clausola penale". Sebbene la penale sia riducibile dal giudice, essa offre una protezione diversa che, in certi contesti negoziali, potrebbe risultare meno rischiosa per chi versa la somma.

Cassazione: Notaio responsabile se non avverte sulla mancanza del certificato di agibilità.

L'ordinanza della Corte di Cassazione, Sez. III Civile, n. 1603 del 24 gennaio 2026, ha stabilito un importante principio in materia di responsabilità professionale del notaio e compravendita immobiliare: il notaio risponde dei danni subiti dall'acquirente se l'immobile è privo dei requisiti per l'abitabilità (o agibilità) e non ha informato correttamente il cliente di tale mancanza.

Il notaio è responsabile per danni se non informa adeguatamente le parti sulla mancanza del certificato di agibilità, specialmente se l'immobile ha una destinazione d'uso difforme (es. deposito venduto come abitazione).

La Cassazione affronta il nesso di causalità applicando un rigore particolare: non basta che il notaio abbia sbagliato (inadempimento), ma bisogna dimostrare che, se avesse informato correttamente il cliente, quest'ultimo avrebbe agito diversamente. Se invece emerge che l'acquirente conosceva già la situazione o avrebbe comunque comprato alle medesime condizioni (caso raro), il notaio potrebbe essere esonerato dalla responsabilità.

Abusi Edilizi e Commercibilità (Cass. 428/2026):

In caso di abusi edilizi, il contratto preliminare può essere contestato. La giurisprudenza tende a tutelare l'acquirente che sospende i pagamenti a fronte di difformità sostanziali.

Se però le irregolarità urbanistiche sono state dichiarate nel preliminare, il promissario acquirente non può usarle come pretesto per sospendere i pagamenti. In questo caso, il rifiuto di andare a rogito è considerato inadempimento colpevole.

In caso di consegna anticipata dell'immobile, l'esercizio del recesso trasforma immediatamente la detenzione in occupazione senza titolo, obbligando l'acquirente al rilascio immediato e al risarcimento del danno.

Proprietari più tutelati: La nuova procedura d'urgenza per rientrare in possesso dell'immobile

Parallelamente al Piano Casa, è entrata in vigore la riforma che semplifica l'allontanamento di chi occupa un immobile senza contratto. L'Articolo 321-bis del Codice di Procedura Penale è una norma introdotta recentemente (tramite il DDL Sicurezza 2025) per contrastare il fenomeno delle occupazioni abusive di immobili.

Fino a ieri, liberare un immobile occupato richiedeva tempi burocratici lunghissimi. Oggi, la nuova norma permette una reintegrazione immediata nel possesso. Se l'immobile occupato è l'unica abitazione del denunciante, la Polizia Giudiziaria può intervenire d'urgenza. Una volta accertato il reato (previsto dal nuovo art. 634-bis c.p.), gli agenti possono ordinare agli occupanti di lasciare l'immobile e, in caso di rifiuto, procedere allo sgombero coattivo immediato, previa autorizzazione (anche orale) del Pubblico Ministero.

SUCCESSIONI

Germania, ancora sul Certificato successorio europeo

La giurisprudenza e la dottrina tedesche si interrogano ancora se sia possibile emettere un CSE in presenza di contestazioni sugli elementi da certificare (art. 67 comma 1 del Regolamento UE 650/2012), in particolare se almeno in seconda istanza la corte di appello possa disattendere le contestazioni evidentemente non fondate. La Corte di appello di Francoforte ha ritenuto che la precedente emissione di un certificato di eredità tedesca non costituisca un elemento sufficiente per emettere un CSE ad esso conforme, il che si spiega col fatto che il certificato ereditario non è una decisione idonea a passare in giudicato (decisione del 03.12.2015, 21 W 96/23; Marx: (K)ein streitiges ENZ-Verfahren? ZEV 2026, 273). AC

VERTRIEBSRECHT

Marktmacht der Stiftung Warentest

Der Bewertung von Produkten durch unabhängige Einrichtungen wie die Stiftung Warentest kommt in Deutschland erhebliche Marktmacht zu, weil sich viele Verbraucher bei ihren Kaufentscheidungen an den entsprechenden Testergebnissen orientieren. Nicht immer lassen die Prüfer jedoch die erforderliche Sorgfalt walten und verursachen dadurch beim Hersteller erhebliche Schäden.

Das Oberlandesgericht Frankfurt am Main hatte mit Urteil vom 23.04.2026 (16 U 38/25) über die Schadensersatzklage eines Herstellers von Rauchmeldern gegen die Stiftung Warentest zu entscheiden. Diese hatte das Produkt des Herstellers mit „mangelhaft“ bewertet.

Der Hersteller hatte zuvor auf Fehler im Prüfverfahren hingewiesen und zudem ein Gutachten einer anderen unabhängigen Stelle vorgelegt. Die Stiftung Warentest hielt gleichwohl an ihrer Bewertung fest und muss nun Schadensersatz leisten. Sie konnte sich insbesondere nicht damit entlasten, dass die Prüfung nicht von ihr selbst, sondern von einem von ihr beauftragten Prüfinstitut durchgeführt worden war.

Handelsvertreter: Kein Ausgleichsanspruch bei Beendigung des Vertragsverhältnisses im Falle der altersbedingten Kündigung des geschäftsführenden Gesellschafters

Das Landgericht Brescia hat mit Urteil Nr. 2394/2025 bestätigt, dass Art. 1751 Abs. 2 des italienischen Zivilgesetzbuches, der ein Ausgleich bei Beendigung des Verhältnisses im Falle einer Kündigung des Handelsvertreters aufgrund von Alter, Gebrechen und Krankheit nicht ausschließt, in der Regel nicht auf den Handelsvertreter Anwendung findet, der seine Tätigkeit in der Rechtsform einer Gesellschaft ausübt (im vorliegenden Fall handelte es sich um eine Kapitalgesellschaft).

Agiert der Handelsvertreter über eine Gesellschaft, ist das Erreichen des Rentenalters durch den geschäftsführenden Gesellschafter als ein unternehmensinterner Sachverhalt anzusehen, der für die Fortführung des Handelsvertreterverhältnisses grundsätzlich nicht von Bedeutung ist. Daraus folgt, dass die Beendigung des Handelsvertreterverhältnisses von einer Entscheidung der Gesellschaft abhängt. Folglich hat das Gericht es nicht für möglich erachtet, die für den Handelsvertreter als natürliche Person geltenden Regelungen auf den als Gesellschaft agierenden Handelsvertreter auszudehnen. Das Gericht wäre wahrscheinlich zu einer anderen Entscheidung gelangt, wenn vor Gericht nachgewiesen worden wäre, dass die Vertragsparteien die persönliche Tätigkeit des nun in den Ruhestand getretenen geschäftsführenden Gesellschafters als wesentlich erachtet hätten.

Handelsvertreterausgleich in Italien: Anwendung der von der Europäischen Kommission vorgesehenen Berechnungskriterien

Mit einem interessanten Urteil hat das Gericht von Novara mit Urteil Nr. 175/2025 über den von einem Handelsvertreter geforderten Ausgleichsanspruch

entschieden. Im konkreten Fall war dem Handelsvertreter der ihm nach geltendem Tarifvertrag zustehende Ausgleich ausgezahlt worden. Der Handelsvertreter klagte unter Berufung auf die europäische und nationale Rechtsprechung, um den höheren Betrag gemäß Art. 1751 des italienischen Zivilgesetzbuches zu bekommen, da er nachweisen konnte, dass die gesetzliche Regelung im konkreten Fall günstiger war als die Tarifverträge. Da Art. 1751 des italienischen Zivilgesetzbuchs lediglich den Ausgleichshöchstbetrag vorsieht, aber nichts über die Kriterien zur Berechnung des Ausgleichs aussagt, legen die italienischen Richter – die aufgrund des systematischen Verweises auf die Tarifverträge weniger geübt sind als ihre deutschen Kollegen – die Höhe des Ausgleiches häufig auf der Grundlage einer wenig transparenten Billigkeitsbeurteilung fest. Glücklicherweise ändern sich die Dinge, und das Gericht von Novara hat dies unter Beweis gestellt, indem es Art. 17 der Handelsvertreterrichtlinie 86/653/EWG sowie das im Bericht der Kommission über die Anwendung von Art. 17 der Richtlinie 86/653 angegebene Berechnungskriterium herangezogen hat. Dieses Berechnungskriterium basiert im Wesentlichen auf einer Prognose der Provisionen, die dem Handelsvertreter durch die von ihm gewonnenen Neukunden entgangen sind, ein Kriterium, das von den deutschen Gerichten konsequent angewandt wird. Auch wenn die deutschen Kollegen bestätigen können, dass die entsprechende Bestimmung (§ 89b HGB) dennoch sehr häufig Gegenstand gerichtlicher Entscheidungen ist, stellt der Verweis auf diese Kriterien nach Ansicht des Verfassers zumindest einen Schritt in Richtung einer einheitlichen Anwendung der europäischen Rechtsvorschriften dar.

Handelsvertreter (Italien): Neuer Tarifvertrag „AEC Commercio 2025“

Am 1. Juli 2025 trat der neue Tarifvertrag für den Handel 2025 in Kraft, der eine Reihe von Neuerungen gegenüber dem vorherigen Tarifvertrag von 2009 einführt.

Eine der wichtigsten Neuerungen betrifft die größere Transparenz bei den Provisionsvergütungen mit genaueren Informationspflichten sowie die Verschärfung der Vorschriften zur Berechnung der Provisionen mit klareren Kriterien bei indirekten oder online abgeschlossenen Verkäufen. Von besonderer Bedeutung ist die Anpassung der Bestimmungen zum Ausgleichsanspruch, der an die neuesten Auslegungen der Rechtsprechung angepasst wurde. Weitere Änderungen betreffen die größere Flexibilität bei der Zuweisung der Vertragsgebiete, das Wettbewerbsverbot und den Schutz des Handelsvertreters im Falle einer Kündigung des Unternehmens mit klaren Kündigungsfristen.

Insgesamt stellen die AEC-Commercio 2025 eine Weiterentwicklung dar, die darauf abzielt, das Handelsvertreterverhältnis zu modernisieren und ausgewogener zu gestalten, ohne die vorherige Fassung grundlegend zu verändern. Es sei zudem daran erinnert, dass diese Vereinbarungen im grenzüberschreitenden Bereich nur nach vorheriger vertraglicher Vereinbarung anwendbar sind.

NEUES AUS EUROPA

Haftung des Geschäftsführers des Online-Casinos

Nach den zahlreichen Diesel-Verfahren stellen derzeit möglicherweise Rückforderungsansprüche aus Verlusten in Online-Casinos eine der größten Belastungen für die deutschen Gerichte dar.

Auch der Europäische Gerichtshof (EuGH) hatte sich kürzlich mit der Frage zu befassen, welches nationale Recht anwendbar ist, wenn Spieler die Geschäftsführer eines Online-Casinos persönlich auf Schadensersatz in Anspruch nehmen. Diese Anbieter operieren regelmäßig von Malta aus, wo – wie der Mandantenbrief berichtete – auch die Durchsetzung europäischer Vorgaben, insbesondere im Rahmen der EuGVO, an praktische Grenzen stößt und Rückforderungen häufig schwer realisierbar sind.

Der EuGH hat insoweit eine verbraucherfreundliche Entscheidung getroffen und klargestellt, dass bei der persönlichen Inanspruchnahme von Geschäftsführern grundsätzlich das Recht des Staates des jeweiligen Spielers maßgeblich sein kann. Dies könnte dazu führen, dass sich für deutsche und italienische Spieler über die jeweiligen deliktischen Generalklauseln die Rückforderung von Spielverlusten erheblich erleichtert.

In Italien bietet insbesondere Art. 2043 des Codice Civile aufgrund seines weiten Haftungsbegriffs einen entsprechenden Anknüpfungspunkt. In Deutschland setzt der deliktische Schadensersatz bei reinen Vermögensschäden hingegen grundsätzlich die Verletzung eines Schutzgesetzes voraus. Das unerlaubte Anbieten von Glücksspielen ohne erforderliche Konzession stellt dabei regelmäßig einen Verstoß gegen ein Schutzgesetz dar – so der EuGH für das dem deutschen ähnliche österreichische Gesetz – und kann daher schadensersatzrechtliche Ansprüche begründen.

EuGH: Zur Wirksamkeit einer Gerichtsstandsvereinbarung im Verhältnis zum Zessionar (C-682/23)

Der Europäische Gerichtshof hat mit Urteil vom 23.10.2025 entschieden, wie sich eine Gerichtsstandsvereinbarung auswirkt, wenn eine Forderung abgetreten wird. Nach Art. 25 Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 (Brüssel Ia-VO) ist eine Gerichtsstandsklausel grundsätzlich auch gegenüber einem Zessionar wirksam, der eine Schadensersatzforderung aus einem Vertrag geltend macht, der diese Klausel enthält.

Der EuGH stellt klar: Ein Zessionar kann sich gegenüber dem ursprünglichen Vertragspartner (dem Schuldner der Forderung) auf die Gerichtsstandsvereinbarung berufen – und zwar auch dann, wenn dieser der Abtretung nicht zugestimmt hat. Voraussetzung ist, dass das nach dem anwendbaren nationalen Recht vorgesehene Verständnis der Abtretung nicht nur den Übergang der Forderung selbst umfasst, sondern auch die mit ihr verbundenen Nebenrechte, insbesondere das Recht, sich auf eine Gerichtsstandsklausel zu stützen.

Der Zessionar steht damit grundsätzlich so, wie die ursprüngliche Vertragspartei gestanden hätte. Etwas anderes gilt nur dann, wenn die ursprünglichen Vertragsparteien ausdrücklich vereinbart haben, dass die Gerichtsstandsklausel im Fall einer Abtretung keine Wirkung gegenüber einem Zessionar entfalten soll.

DISTRIBUZIONE

Il potere di mercato della Stiftung Warentest

In Germania, la valutazione dei prodotti da parte di organismi indipendenti come la Stiftung Warentest esercita un notevole potere di mercato, poiché molti consumatori si basano sui risultati dei test per le loro decisioni di acquisto. Tuttavia, non sempre i valutatori agiscono con la dovuta diligenza, causando così danni considerevoli al produttore.

Con sentenza del 23 aprile 2026 (16 U 38/25), la Corte d'appello di Francoforte sul Meno si è pronunciata sulla richiesta di risarcimento danni presentata da un produttore di rilevatori di fumo contro la Stiftung Warentest. Quest'ultima aveva valutato il prodotto del produttore come «insoddisfacente».

Il produttore aveva precedentemente segnalato degli errori nella procedura di prova e aveva inoltre presentato una perizia redatta da un altro ente indipendente. La Stiftung Warentest ha comunque confermato la propria valutazione e ora è tenuta a risarcire i danni. In particolare, non ha potuto esonerarsi dalla responsabilità adducendo come giustificazione il fatto che la prova non fosse stata condotta in proprio, ma da un istituto di prova da questa incaricato.

Agente di commercio: nessuna indennità per la cessazione del rapporto in caso di recesso per età del socio amministratore

Il Tribunale di Brescia ha confermato con sentenza n. 2394/2025 che l'art. 1751 comma 2 del codice civile, che non esclude l'indennità di cessazione del rapporto in caso di recesso dell'agente dovuto ad età, infermità e malattia, non si applica di regola all'agente che opera tramite una società (nel caso in questione si trattava di società di capitali).

Qualora il contratto di agenzia sia intercorso con una società, ossia soggetto dotato di autonoma personalità giuridica, il raggiungimento dell'età pensionabile da parte del socio amministratore deve infatti ritenersi un fatto interno alla società, del tutto irrilevante ai fini della prosecuzione del rapporto di agenzia. Ne deriva che il recesso della società e la cessazione dell'attività sociale dipendono da una scelta della società. Conseguentemente il Tribunale non ha ritenuto sia possibile estendere all'agente che opera tramite una società la disciplina operante per l'agente-persona fisica. Probabilmente a diversa decisione sarebbe pervenuto qualora fosse stato dimostrato in giudizio che le parti contrattuali avessero ritenuto essenziale l'attività personale del socio amministratore ora in pensione.

Agente di commercio: indennità per la cessazione del rapporto – applicazione criteri di calcolo previsti dalla Commissione europea

Con un interessante sentenza decisione il Tribunale di Novara, con sentenza n. 175/2025, ha deciso in merito all'indennità di cessazione di fine rapporto reclamata da un agente di commercio. Nel caso concreto all'agente era stata riconosciuta e corrisposta l'indennità dovuta ai sensi degli accordi economici collettivi applicabili al rapporto di agenzia. L'agente agiva in giudizio, appellandosi alla giurisprudenza europea e nazio-

nale, per vedersi riconosciuto il maggior importo dovuto ai sensi dell'art. 1751 codice civile, potendo egli dimostrare che la normativa legislativa era più favorevole in concreto rispetto agli AEC. Poiché l'art. 1751 c.c. prevede solamente l'indennità massima, ma nulla dice in merito ai criteri di calcolo dell'indennità, i giudici italiani, meno allenati rispetto ai colleghi tedeschi stante il sistematico rinvio agli AEC, frequentemente determinano il quantum dell'indennità in base ad una valutazione equitativa poco trasparente. Fortunatamente le cose stanno cambiando e il Tribunale di Novara ne ha dato una prova, risolvendo l'art. 17 della direttiva in materia di agenti 86/653/CEE e il criterio di calcolo indicato nella Relazione della Commissione sull'applicazione dell'art. 17 della Direttiva 86/653. Tale criterio di calcolo si basa fondamentalmente su una prognosi delle provvigioni perse da parte dell'agente con i nuovi clienti da questo acquisiti, criterio costantemente applicato nelle corti tedesche. Seppur i colleghi tedeschi possano confermare che ciononostante la disposizione equipollente (§89b HGB) sia tra quelle più oggetto di decisioni giurisprudenziali, quantomeno a parer di chi scrive il riferimento a tali criteri rappresenta un passo avanti verso un'applicazione uniforme della normativa europea.



Agente soddisfatto, venduto tutto

Agenti di commercio: nuovo AEC commercio 2025

Dal 1° luglio 2025 è entrato in vigore il nuovo Accordo Economico Collettivo del commercio 2025 che introduce una serie di aggiornamenti rispetto al precedente AEC del 2009.

Una delle principali novità riguarda la maggiore trasparenza nei compensi provvigionali, con obblighi informativi più puntuali, nonché il rafforzamento della disciplina relativa al calcolo delle provvigioni, con criteri più chiari in caso di vendite indirette o concluse online. Particolare rilievo assume l'adeguamento delle previsioni sull'indennità di fine rapporto, allineate alle più recenti interpretazioni giurisprudenziali. Altre modifiche riguardano la maggior flessibilità nella gestione delle zone assegnate all'agente, il patto di non concorrenza e la tutela dell'agente in caso di recesso del preponente, con preavvisi meglio strutturati.

Nel complesso, gli AEC commercio 2025 rappresentano un'evoluzione volta a modernizzare e rendere più equilibrato il rapporto di agenzia, senza stravolgere la precedente versione. Si ricorda peraltro che in ambito transfrontaliero tali accordi sono applicabili solamente previa pattuizione contrattuale.

ULTIME DALL'EUROPA

Responsabilità dell'amministratore delegato di un casinò online

Dopo i numerosi procedimenti relativi al diesel, attualmente le richieste di risarcimento per le perdite subite nei casinò online rappresentano forse uno dei carichi più gravosi per i tribunali tedeschi.

Anche la Corte di giustizia dell'Unione europea (CGUE) si è recentemente occupata della questione relativa alla legge nazionale applicabile nel caso in cui i giocatori chiedano personalmente il risarcimento dei danni agli amministratori delegati di un casinò online. Questi operatori operano regolarmente da Malta, dove – come riportato nella nostra precedente newsletter – anche l'applicazione delle norme europee, in particolare nell'ambito del regolamento Bruxelles I, si scontra con limiti pratici e le richieste di risarcimento sono spesso difficili da realizzare.

La CGUE ha adottato una decisione favorevole ai consumatori, chiarendo che, in caso di azione personale nei confronti degli amministratori delegati, può essere applicabile, in linea di principio, la legge dello Stato del giocatore interessato. Ciò potrebbe comportare un notevole alleggerimento del recupero delle perdite di gioco per i giocatori tedeschi e italiani attraverso le rispettive clausole generali in materia di illecito civile.

In Italia, in particolare l'art. 2043 del Codice Civile offre un punto di partenza grazie alla sua ampia nozione di responsabilità. In Germania, invece, il risarcimento del danno extracontrattuale in caso di danni puramente patrimoniali presuppone in linea di principio la violazione di una legge di tutela. L'offerta abusiva di giochi d'azzardo senza la necessaria concessione costituisce di norma una violazione di una legge di tutela – secondo la CGUE rispetto alla normativa austriaca, simile a quella tedesca – e può quindi dar luogo a richieste di risarcimento danni.

CGUE: sull'efficacia di una clausola di foro competente nei confronti del cessionario (C-682/23)

Con sentenza del 23 ottobre 2025, la CGUE ha stabilito quali siano gli effetti di una clausola sul foro competente in caso di cessione di un credito. Ai sensi dell'art. 25, co. 1, del regolamento (UE) n. 1215/2012 (Regolamento Bruxelles I bis), una clausola sul foro competente è in linea di principio valida anche nei confronti di un cessionario che faccia valere una richiesta di risarcimento danni derivante da un contratto che contiene tale clausola.

La CGUE chiarisce che un cessionario può invocare l'accordo sulla competenza giurisdizionale nei confronti della controparte contrattuale originaria (il debitore del credito), anche se quest'ultima non ha acconsentito alla cessione. Il presupposto è che l'interpretazione della cessione prevista dal diritto nazionale applicabile comprenda non solo il trasferimento del credito stesso, ma anche i diritti accessori ad esso connessi, in particolare il diritto di avvalersi di una clausola di foro competente.

Il cessionario si trova quindi, in linea di principio, nella stessa posizione in cui si sarebbe trovato il contraente originario. Diversamente si applica solo se i contraenti originari hanno espressamente convenuto che, in caso di cessione, la clausola di foro competente non abbia effetto nei confronti di un cessionario.

FAMILIENRECHT

Einleitung und Verbindung des Scheidungsantrags im Trennungsverfahren (cumulo della domanda di separazione e divorzio)

Seit dem 28.02.2023 ist in Italien die Cartabia-Reform in Kraft getreten. Sie führte unter anderem eine wichtige Verfahrensreform in Familiensachen und das einheitliche Verfahren in Familiensachen (rito unico della famiglia) ein. Durch diese Reform sollen die neuen Verfahren über Familienangelegenheiten effizienter und schneller entschieden werden.

Die Reform ermöglicht es, den Scheidungsantrag bereits in der Klageschrift zur Einleitung des Trennungsverfahrens (cumulo della domanda di separazione e divorzio) aufzunehmen (Art. 473-bis.49 der italienischen ZPO). Dadurch wird vermieden, zu einem späteren Zeitpunkt einen Scheidungsantrag einreichen und ein neues Verfahren einleiten zu müssen. Über den Scheidungsantrag kann jedoch erst entschieden werden, nachdem die vorgesehenen Fristen zur Scheidungsvoraussetzung (ein Jahr im Falle einer streitigen Trennung bzw. sechs Monate im Falle einer einvernehmlichen Trennung ab einem bestimmten Zeitpunkt (siehe Art. 3 Abs. 2 des ital. Scheidungsgesetzes)) abgelaufen sind und das Trennungsurteil rechtskräftig geworden ist. Auch wenn es sich um ein einziges Verfahren handelt, muss man immer von zwei eigenständigen Phasen sprechen.

Die Zusammenlegung beider Anträge (cumulo della domanda di separazione e divorzio) wird seit ihrer Einführung von Anwälten positiv begrüßt und praktiziert. Einerseits vereinfacht diese Neuerung die Formalitäten und Aufforderungen in der Anfangs- und Einleitungsphase des Verfahrens. Andererseits schränkt sie die Möglichkeit ein, vorläufige Bestimmungen im Laufe des Trennungsverfahrens bis zum Beginn der Scheidungsphase zu ändern. Dies betrifft zumindest die gerichtlich festgesetzte Maßnahme oder Vereinbarungen der Parteien in Bezug auf unveräußerliche Rechte.

Unterhalt nach Volljährigkeit des Kindes

Die jüngste italienische Rechtsprechung bekräftigt, dass volljährige Kinder eine größere Verantwortung dafür tragen, wirtschaftlich unabhängig zu werden.

Solange sie wirtschaftlich unabhängig und nicht auf eigene Mittel zur Deckung ihres Unterhalts und Lebensbedarfs angewiesen sind, haben sie einen eigenen Unterhaltsanspruch gegenüber den Eltern in Form einer monatlichen, im Voraus auszufahrenden Leistung (Art. 337 septies des italienischen BGB). Das italienische Recht sieht für einen solchen Unterhaltsanspruch keine bestimmte Altersbegrenzung vor. Es muss der jeweilige Einzelfall geprüft werden. Die neueste Rechtsprechung des Kassationsgerichts stellt strenge Anforderungen an die Eigenverantwortung und die Beweislast des volljährigen Kindes. Die volljährige Person trägt die Beweislast für das Bestehen der Voraussetzungen, die den Unterhaltsanspruch begründen. Sie muss konkret vortragen, dass sie trotz eigener Verantwortung und Einsatz die berufliche Ausbildung (über die vorgesehene Studiendauer hinaus) noch nicht beenden konnte oder trotz konkretem Engagement keine Beschäftigung oder berufliche Verwirklichung gefunden hat. Je

älter die Person ist, desto strenger ist der betreffende Nachweis. Siehe Cass. 23.01.2024, Nr. 2259.

Anspruch auf Kindergeld

Der Elternteil, bei dem das Kind überwiegend lebt, hat Anspruch auf den vollen Kindergeldbetrag. Durch den Beschluss des Kassationsgerichts Nr. 4672/2025 wurde klargestellt, dass, sofern keine abweichende Vereinbarung vorliegt, der Elternteil, bei dem das Kind überwiegend lebt – auch im Fall des gemeinsamen Sorgerechts – einen Anspruch auf den vollen Betrag des „assegno unico per la famiglia o assegno unico universale“ hat. Im deutschen Unterhaltsrecht wird diese Frage anders behandelt, denn das Kindergeld gilt als Einkommen des Kindes, von dem beide Elternteile profitieren. Es wird – ähnlich wie in Italien – an den Elternteil ausgezahlt, bei dem das Kind überwiegend lebt. Die andere Hälfte des Betrags kommt jedoch auch dem Unterhaltspflichtigen zugute, da sie von dem monatlich zu zahlenden Unterhaltsbetrag abgezogen wird (siehe § 1612b -1612c BGB).

Die oben genannte italienische Regelung sollte daher auch in Fällen mit Auslandsbezug gelten. Ein Beispiel ist der Fall, dass bei einer Trennung das deutsche Kindergeld zugunsten des Kindes gezahlt wird, welches bei dem anderen Elternteil in Italien lebt. In diesem Fall sollte die deutsche Regelung, nach der die Hälfte des Kindergeldes dem unterhaltspflichtigen Elternteil zusteht, keine Anwendung finden, da das italienische materielle Unterhaltsrecht gilt. VR



Hilfe für getrennte Eltern: Kommunikation über die Kinder via App

Das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales hat Online-Portale und kostenlose Anwendungen (Apps) entwickelt, die die Kommunikation zwischen den Eltern erleichtern, die Organisation des Familienalltags verbessern und das Wohl der Kinder fördern sollen. Dazu gehört die App „Getrennt – Gemeinsam“, die es Eltern ermöglicht, Kalender, Termine, Dokumente und organisatorische Mitteilungen bezüglich der Kinder auf strukturierte und gemeinsame Weise über ein sicheres und nachvollziehbares System zu verwalten und zu koordinieren, wodurch Missverständnisse, die in herkömmlichen Chat-Diensten häufig auftreten, vermieden werden. Die Nutzung dieser App für die Kommunikation zwischen den Eltern ist bereits in den vor deutschen Gerichten unterzeichneten Entscheidungen und Vereinbarungen vorgesehen und verankert.

Auch in Italien sind zahlreiche Apps verbreitet, darunter „OurFamilyWizard, TalkingParents, AppClose und 2Houses“. VR

GEISTIGES EIGENTUM

Stimme als Marke: Giusy Ferri lässt ihre Stimme beim EUIPO eintragen

Wer im Markenrecht etwas bewandert ist, weiß, dass eine Marke nur dann eingetragen werden kann, wenn sie unterscheidungskräftig ist und nicht lediglich beschreibend für die angebotenen Waren oder Dienstleistungen wirkt. Mit der Entwicklung moderner Kommunikationssysteme hat sich auch die Bandbreite der eintragungsfähigen Markenformen stetig erweitert.

Zu den ursprünglichen Kategorien der Wortmarke und der Bildmarke sind im Laufe der Zeit weitere Formen hinzugekommen, etwa die Formmarke, die Positionsmarke, die Mustermarke sowie die Farbmarke. In den letzten Jahren wurde dieses Spektrum nochmals erweitert und umfasst nun auch Klangmarken, Bewegungsmarken, multimediale Marken sowie Hologrammmarken.

Vor dem Hintergrund des zunehmend massiven Einsatzes Künstlicher Intelligenz, die teilweise auch die Rechte des geistigen Eigentums beeinträchtigt, hat sich die bekannte italienische Sängerin Giusy Ferreri dazu entschlossen, ihre Stimme als Klangmarke beim EUIPO (Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum) eintragen zu lassen. Der eingetragene und rechtlich geschützte Bestandteil besteht in der gesprochenen Formulierung: „Sono Giusy Ferreri“.

Giusy Ferreri gilt als eine der ersten europäischen Künstlerinnen, die diesen Weg gewählt hat, um sich gegen die digitale Nachahmung ihrer Stimme durch KI-generierte Deepfake-Musik zu schützen. Ihre Stimme weist ein charakteristisches Klangbild auf, und in einer Zeit, in der KI-generierte Songs und virale Inhalte zunehmend ohne Zustimmung Stimmen und Bilder bekannter Persönlichkeiten verwenden, gewinnt dieser Schritt besondere Bedeutung.

Durch die Eintragung als Klangmarke wird die Stimme rechtlich zu einem geschützten Gut, was die Durchsetzung von Ansprüchen gegen unbefugte Nachahmungen oder KI-generierte Verwendungen erheblich erleichtern kann.

Auch Taylor Swift hat bereits ähnliche Schritte unternommen, um dem Missbrauch Künstlicher Intelligenz in der Musikindustrie entgegenzuwirken. Es bleibt zu hoffen, dass viele weitere Künstler diesem Beispiel folgen.

Unser Expertenteam im Markenrecht steht Ihnen selbstverständlich jederzeit für die Anmeldung und Registrierung sämtlicher Markenformen zur Verfügung.



Hören Sie Stimmen aus Italien?

DIRITTO DI FAMIGLIA

Cumulo della domanda di separazione e di divorzio

Dal 28 febbraio 2023 è entrata in vigore in Italia la riforma Cartabia. Essa ha introdotto, tra l'altro, un'importante riforma procedurale in materia di diritto di famiglia e il rito unico della famiglia. Grazie a questa riforma, le nuove procedure in materia di diritto di famiglia dovrebbero essere decise in modo più efficiente e rapido.

La riforma consente di includere la domanda di divorzio già nell'atto introduttivo del procedimento di separazione (cumulo della domanda di separazione e divorzio ex art. 473-bis.49 c.p.c.). In questo modo si evita di dover presentare una domanda di divorzio in un momento successivo e di dover avviare un nuovo procedimento con tutti gli adempimenti che ne seguono. Tuttavia, la domanda di divorzio può essere trattata e decisa solo dopo che siano scaduti i termini sostanziali previsti (un anno in caso di separazione giudiziale o sei mesi in caso di separazione consensuale a partire da una determinata data, da individuare nell' art. 3, comma 2 legge sul divorzio) e la sentenza di separazione sia divenuta definitiva. Anche se si tratta di un unico procedimento, si deve sempre parlare di due fasi distinte.

Il cumulo delle due domande (di separazione e di divorzio) è stato accolto con favore dai colleghi italiani e viene di fatto praticato. Da un lato, questa novità semplifica le formalità e gli adempimenti nella la modifica dei provvedimenti provvisori assunti dal giudice nel procedimento di separazione fino all'inizio della fase di divorzio. Ciò riguarderebbe in particolare la modifica dei provvedimenti emessi dal tribunale o degli accordi dei coniugi omologati con riguardo ai diritti disponibili.

Diritto di mantenimento del figlio maggiorenne

La giurisprudenza italiana più recente ribadisce che i figli maggiorenni hanno una maggiore responsabilità nel raggiungere l'indipendenza economica.

Fintantoché non sono economicamente indipendenti e non dispongono di mezzi propri per provvedere al proprio mantenimento e alle proprie necessità di vita, essi hanno diritto al mantenimento da parte dei genitori sotto forma di un assegno di mantenimento da versare in anticipo (art. 337 septies c.c.).

Il diritto italiano non prevede un limite di età specifico al diritto al mantenimento. Occorre esaminare il singolo caso concreto e l'indipendenza economica del figlio. La giurisprudenza più recente della Corte di Cassazione pone requisiti rigorosi in materia di responsabilità personale e onere della prova a carico del figlio maggiorenne. Spetta al maggiorenne infatti provare l'esistenza dei presupposti che giustificano il diritto al mantenimento. Deve dimostrare concretamente che, nonostante la propria responsabilità e il proprio impegno, non è stato ancora in grado di completare la formazione professionale (entro la durata prevista del corso di studi intrapre-

so) o che, nonostante un impegno concreto, non ha trovato un'occupazione o una realizzazione professionale. Più la persona è avanti con l'età, più rigorosa è la prova richiesta. Cfr. Cass. 23.01.2024, n. 2259.

Diritto di percepire integralmente l'assegno unico universale

Il genitore presso il quale il figlio vive prevalentemente ha diritto all'intero importo dell'assegno familiare. Con la sentenza della Corte di Cassazione n. 4672/2025 è stato chiarito che, in mancanza di un accordo diverso, il genitore presso il quale il figlio vive prevalentemente – anche in caso di affidamento condiviso – ha diritto all'intero importo dell'«assegno unico per la famiglia o assegno unico universale». Nel diritto tedesco in materia di mantenimento questa questione viene trattata in modo diverso, poiché l'assegno familiare (Kindergeld) è considerato un reddito del figlio di cui beneficiano entrambi i genitori. Esso viene versato – analogamente a quanto avviene in Italia – al genitore presso il quale il figlio vive prevalentemente. Tuttavia, la metà dell'importo va a beneficio anche del soggetto obbligato al mantenimento, poiché viene detratta dall'importo mensile dell'assegno di mantenimento.

La normativa italiana sopra citata dovrebbe quindi applicarsi anche nei casi con un collegamento con l'estero. Un esempio è il caso in cui, in seguito a una separazione, l'assegno familiare tedesco venga versato a favore del figlio che vive con l'altro genitore in Italia. In questo caso, la normativa tedesca, secondo la quale metà dell'assegno familiare va considerata in favore del genitore obbligato al mantenimento, non dovrebbe trovare applicazione, poiché trova applicazione il diritto sostanziale italiano in materia di mantenimento.

Nuova risorsa per i genitori separati: comunicazioni relative ai figli attraverso la App

Il Ministero bavarese della Famiglia, del Lavoro e degli Affari Sociali ha realizzato portali online e applicazioni gratuite (App) finalizzate a favorire la comunicazione tra i genitori, migliorare l'organizzazione della vita familiare e promuovere il benessere dei minori. Tra queste possiamo citare la App "Getrennt – Gemeinsam" per consentire ai genitori di gestire e coordinare in modo strutturato e condiviso calendari, appuntamenti, documenti e comunicazioni relative ai figli organizzative attraverso un sistema sicuro e tracciabile, limitando le incomprensioni che spesso nascono nelle tradizionali chat di messaggistica.

L'utilizzo di questa App per la comunicazione tra i genitori viene già previsto e recepito sia nelle decisioni e accordi sottoscritti dinanzi ai tribunali tedeschi.

Al pari in Italia sono diffuse altrettante App, tra cui "OurFamilyWizard, TalkingParents, AppClose e 2Houses". VR

PROPRIETÀ INTELLETTUALE

La voce marchio: Giusy Ferri registra la sua voce presso l'EUIPO

Chi ha una certa dimestichezza con il diritto dei marchi sa che un marchio può essere registrato solo se è distintivo e non ha un effetto meramente descrittivo dei prodotti o dei servizi offerti. Con lo sviluppo dei moderni sistemi di comunicazione, anche la gamma delle forme di marchio registrabili si è costantemente ampliata.



Alle categorie originarie del marchio denominativo e del marchio figurativo si sono aggiunte nel corso del tempo altre forme, come il marchio di forma, il marchio di posizione, il marchio a motivi ripetuti e il marchio di colore. Negli ultimi anni questo spettro è stato ulteriormente ampliato e comprende ora anche i marchi sonori, i marchi di movimento, i marchi multimediali e i marchi olografici.

Alla luce del ricorso sempre più massiccio all'Intelligenza Artificiale, che in parte incide anche sui diritti di proprietà intellettuale, la nota cantante italiana Giusy Ferreri ha deciso di registrare la propria voce come marchio sonoro presso l'EUIPO (Ufficio dell'Unione Europea per la Proprietà Intellettuale). L'elemento registrato e protetto giuridicamente consiste nella frase pronunciata: «Sono Giusy Ferreri».

Giusy Ferreri è considerata una delle prime artiste europee ad aver scelto questa strada per proteggersi dall'imitazione digitale della sua voce attraverso la musica deepfake generata dall'IA. La sua voce presenta un timbro caratteristico e, in un'epoca in cui le canzoni generate dall'IA e i contenuti virali utilizzano sempre più spesso voci e immagini di personaggi famosi senza il loro consenso, questa mossa assume un significato particolare.

Con la registrazione come marchio sonoro, la voce diventa legalmente un bene protetto, il che può facilitare notevolmente l'applicazione di strumenti di tutela contro imitazioni non autorizzate o utilizzi generati dall'intelligenza artificiale.

Anche Taylor Swift ha già intrapreso misure simili per contrastare l'uso improprio dell'intelligenza artificiale nell'industria musicale. Resta da sperare che molti altri artisti seguano questo esempio.

Il nostro team di esperti in diritto dei marchi è naturalmente a vostra disposizione in qualsiasi momento per la domanda e la registrazione di tutte le forme di marchio. AB

NEUES AUS ALLER WELT

Pizza-Doxing

Die US-Politikerin Marjorie Taylor Greene, die sich zwischenzeitlich von Präsident Trump distanziert hatte, sowie mehrere US-Bundesrichter wurden Opfer des sogenannten „Pizza-Doxing“ - Nach einer ersten oberflächlichen Recherche ist das Phänomen weder in Deutschland noch in Italien aufgetaucht. Da sich viele digitale und gesellschaftliche Entwicklungen jedoch zunächst in den USA zeigen und später auch nach Europa übergreifen, berichten wir.

Unter dem Begriff „Pizza-Doxing“ werden gezielte Einschüchterungsversuche verstanden, die sich gegen Politiker, Richter, Anwälte oder andere Personen mit erhöhtem Schutzinteresse richten können, ebenso aber auch gegen sonstige Stalking- oder Bedrohungsopfer. Gemeinsamer Zweck ist dabei regelmäßig die Preisgabe der privaten Wohnadresse oder zumindest die Demonstration, dass diese dem Täter bekannt ist. Es wird eine Pizza geliefert, die Niemand bestellt hat – und die Botschaft ist klar: Wir wissen wo Du wohnst....

Die Ganze Welt ist ein Dorf

Ein Frankfurter Oberstaatsanwalt wurde wegen Korruption zu einer Freiheitsstrafe von 6 Jahren verurteilt. Er war Leiter der Zentralstelle zur Bekämpfung von Abrechnungsbetrug im Gesundheitswesen und hatte in dieser Funktion Gutachten der Staatsanwaltschaft an ein befreundetes Unternehmen vergeben, das ihm dafür im Gegenzug verdeckte Provisionen gezahlt hat, die er monatlich am Bankautomat abhob - in 12 Jahren 277.000 Euro.

Das Land Hessen hat daraufhin gegen das Unternehmen Klage auf Rückzahlung der überhöhten Gutachterkosten erhoben. Erstaunlicherweise wurde diese Klage vom Landgericht Frankfurt am Main (Urt v. 27.05.2026, 2-04 O 628/23) abgewiesen.

Das Gericht begründete seine Entscheidung damit, dass nicht festgestellt worden sei, ob die erstellten Gutachten tatsächlich inhaltlich unrichtig gewesen seien. Auch aus der festgestellten Korruption könne nicht automatisch auf eine Schädigung der Justiz geschlossen werden.

Das Urteil ist nicht rechtskräftig - das Land wird vermutlich in Berufung gehen.

ULTIME DA TUTTO IL MONDO

Pizza-Doxing

La politica statunitense Marjorie Taylor Greene, che nel frattempo aveva preso le distanze dal presidente Trump, e diversi giudici federali statunitensi sono stati vittime del cosiddetto "pizza-doxing". Da una prima ricerca superficiale, il fenomeno non è emerso né in Germania né in Italia. Tuttavia, poiché molti sviluppi digitali e sociali si manifestano inizialmente negli Stati Uniti per poi diffondersi in Europa, ne parliamo.

Con il termine "pizza-doxing" si intendono tentativi mirati di intimidazione che possono essere diretti contro politici, giudici, avvocati o altre persone che necessitano di maggiore protezione, ma anche contro altre vittime di stalking o minacce. Lo scopo comune è solitamente quello di rivelare l'indirizzo di residenza privato o almeno di dimostrare che l'autore del reato lo conosce. Viene consegnata una pizza che nessuno ha ordinato – e il messaggio è chiaro: sappiamo dove vivi...

Tutto il mondo è paese

Un procuratore capo di Francoforte (PM) è stato condannato a 6 anni di reclusione per corruzione. Era a capo dell'Ufficio centrale per la lotta alle frodi contabili nel settore sanitario e, in questa veste, aveva affidato perizie della Procura a un'azienda amica, che in cambio gli ha versato provvigioni occulte, che lui prelevava mensilmente al bancomat – 277.000 euro in 12 anni.

Il Land dell'Assia ha quindi intentato una causa contro l'azienda per ottenere il rimborso delle spese di perizia eccessive. Sorprendentemente, la richiesta è stata respinta dal Tribunale di Francoforte sul Meno (sentenza del 27.05.2026, 2-04 O 628/23).

Il Tribunale ha motivato la sua decisione affermando che non era stato accertato se le perizie redatte fossero effettivamente errate nel contenuto. Inoltre, dalla corruzione accertata non si può automaticamente dedurre un danno alla giustizia.

La sentenza non è definitiva: lo Stato presenterà probabilmente ricorso in appello.

DOLCE · LAUDA

RECHTSANWÄLTE · AVVOCATI

Partnerschaftsgesellschaft mbB



Arndtstraße 34-36 · D-60325 Frankfurt am Main
Tel: +49 69 92 07 15-0 · email: info@dolce.de

Via Visconti di Modrone 38 · I-20122 Milano
Tel: +39 02 76 8 10 29 · email: dlmi@dolce.it

Viale Verdi 15 · I-41121 Modena
Tel: +39 - 059 - 439 17 37 · email: dlmo@dolce.it

Werastrasse 22 · D-70182 Stuttgart
Tel: +49 711 236 42 91 · email: info@dolce.de

Ridlerstraße 33 · D-80339 München
Tel: +49 89 599 186 26 · email: info@dolce.de

Via Amendola 104 · I-70126 Bari
Tel: +39 - 080 512 99 49 · email: dlba@dolce.it

Via Mantica 7 · I-33100 Udine
Tel: +39 - 0432 295134 · email: info@dolce.de